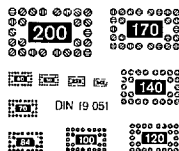


POLITIK

Nr. 2

Juni 1987

Informationsdienst der SPD



DIN 19 051



Hans-Jochen Vogel

Willy Brandt

Tradition und Perspektive.

Die Reden von Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Willy Brandt, Oskar Lafontaine und Inge Jens auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bonn am 14. Juni 1987



087-1349

Tradition und Perspektive.

Außerordentlicher Parteitag in Bonn, 14. Juni 1987

Die erste Rede von Hans-Jochen Vogel als Vorsitzender der SPD

Lieber Willy! Liebe Genossinnen und Genossen!

I.

Euch, die Ihr über 900 000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vertrittet, habe ich bereits soeben für das Vertrauen gedankt, das Ihr mir mit der Wahl zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgesprochen habt. Und dies, lieber Willy, ohne daß Ihr mich nach allen Proben, die ohnehin schon stattgefunden haben im Laufe der Zeit, heute auch noch mit bloßem Hinterkeil übers Feuer gehalten habt, wie das zur Probe in Deiner Rede erwähnt wurde.

Jetzt, zu Beginn meiner ersten Rede als Vorsitzender, geht mein Dank an meinen Vorgänger in diesem Amt, an Willy Brandt.

(Beifall)

Der Parteitag hat Deine historischen Verdienste soeben durch einen Beschluß gewürdigt, der so erstmals in der 124jährigen Geschichte der Partei gefaßt worden ist. Ich kann dem wenig hinzufügen. Ich sage nur: Du, Willy, bist mir seit unserer ersten Begegnung im Jahre 1953, also vor weit über 30 Jahren, auf meinem eigenen politischen Weg Ratgeber, Mahner, Gefährte, Vorbild und Freund in einem geworden. Und es bewegt mich, daß Du, Willy, mich als Deinen Nachfolger vorgeschlagen hast. Das nimmt mich zusätzlich in die Pflicht. Denn ich muß mich des Vertrauens eines Mannes würdig erweisen, der für diese Aufgabe höchste Maßstäbe gesetzt hat. Eines Mannes, dem wir es vor allem verdanken, daß die Worte Frieden und Deutschland wieder in einem Atemzug genannt werden.

(Starker Beifall)

Und einem Manne, der schon zu seinen Lebzeiten zur Verkörperung des Versöhnungswillens geworden ist. Eines Versöhnungswillens, dem er mit der historischen Geste vor dem Erinnerungsmal des Warschauer Ghetto einen symbolischen Ausdruck gegeben hat

Auf dem außerordentlichen Parteitag in Bonn hat die SPD ihren neuen Vorsitzenden gewählt. Hans-Jochen Vogel erhielt 404 von 423 abgegebenen gültigen Stimmen. Zu seinem Stellvertreter wurde Oskar Lafontaine mit 353 Stimmen und zum Scharzmeister Hans-Ulrich Klose mit 393 Stimmen gewählt.

Dieses „intern“ dokumentiert die großen Reden des Parteitags und die vom Parteitag verabschiedete „Bonner Erklärung“, die den aktuellen programmatischen Standort der SPD beschreibt.

— mit einer Geste, die deshalb eine so tiefe und bleibende Wirkung entfaltet, weil sie in ihrer Schlichtheit, in ihrer Würde und ihrer Eindringlichkeit so vollkommen mit Deinem Leben und Tun übereinstimmt; weil sie — um es mit diesem einen Wort auszudrücken — weil sie glaubhaft war.

(Beifall)

Aus den Schriften und Reden Ferdinand Lassalles sind viele Gedanken bis heute lobendig geblieben. Ein

Satz von ihm, der mich nicht erst seit kurzem begleitet, der lautet:

„Alle politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht aus dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Der Satz gilt noch immer. Und deshalb sage ich ohne daran herumzureden — so wie Willy es auf seine Weise schon getan hat:

Unsere Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Phase. Und zwar aus drei Gründen: Erstens: Trotz der vorbildlichen Anstrengungen von Johannes Rau und zahlloser Genossinnen und Genossen, trotz der Zuwächse in Nordrhein-Westfalen und im Saarland haben wir bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 ein Ergebnis erreicht, das nur noch knapp über dem Bundestagswahl von 1961 liegt. In Bayern und in Teilen von Baden-Württemberg sind wir unter die 30-Prozent-Marke gesunken. Danach haben wir Anfang April, nach vierzig Jahren, Hessen verloren. Eine solche Folge von Rückschlägen haben wir nicht häufig erlebt. Gewiß: Die Ergebnisse der Wahlen in Hamburg und in Rheinland-Pfalz haben uns vor vier Wochen nach längerer Zeit wieder aufatmen lassen. Wir haben uns in Hamburg behauptet und in Rheinland-Pfalz gut geschlagen, und es besteht deshalb aller Anlaß, Klaus von Dohnanyi und Rudolf Schärping und den Genossinnen und Genossen in Hamburg und in Rheinland-Pfalz zu danken und zu gratulieren.

(Starker Beifall)

Dennnoch: Die vorausgegangenen Niederlagen sind dadurch noch nicht aus der Welt. Zweitens: Unsere Mitgliederzahl ist seit mehreren Jahren nicht mehr gestiegen. Das Durchschnittsalter unserer Mitgliedschaft liegt merklich über dem Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung. Die Jahrgänge der heute zwischen 22- und 30jährigen weisen in unseren Reihen fühlbare Lücken auf. Aber nicht nur die altersmäßige, auch die soziale Struktur unserer Mitgliedschaft weicht nicht unerheblich von der Struktur der Gesamtbevölkerung ab. Bei den Funktionären und Mandatsträgern ist die Abweichung mitunter noch größer. Unterrepräsentiert sind hier — trotz aller Anstrengungen noch immer — nicht nur die Frauen, sondern auch Bereiche der gewerblichen Arbeitnehmer. Daß dies weithin auch schon vor 1933 so war, das darf uns nicht beruhigen. Insbesondere im Süden der Republik ist auch die Organisationsdichte noch zu gering. In über zehntausend Gemeinden der Bundesrepublik gibt es keinen SPD-Ortsverein, und infolgedessen zumeist auch keinen einzigen sozialdemokratischen Gemeinderat. Und noch etwas: Die Zahl unserer hauptamtlichen Mitarbeiter — die übrigens mehr Dank verdienen, als wir ihnen in der Regel zuteil werden lassen,

(lebhafter Beifall)

hat mich das hier bei dieser Gelegenheit sagen, — daß in den letzten sechs Jahren um mehr als 150 auf jetzt noch 944 abgenommen

Drittens: Auch die finanzielle Lage der Partei, jedenfalls der Bundespartei, ist nicht befriedigend. Nach

der mittelfristigen Finanzplanung stehen uns für die Bundestagswahl 1990 weniger als 40 Millionen DM zur Verfügung. Nur zum Vergleich: CDU und CSU haben für die Wahl im Januar schätzungsweise 100 Millionen DM ausgegeben. Der Vergleich allein schon zeigt — und auch dies ist ein Stück Politik: Das kann so nicht bleiben. Hier sind exemplarische Anstrengungen der gesamten Partei erforderlich.

(Anhaltender Beifall)

Wir alle, die wir dem Präsidium oder dem Vorstand angehören oder sonst Funktionen wahrnehmen, tragen die Verantwortung für diese Situation gemeinsam. Sie verpflichtet uns zu gemeinsamen zähen Anstrengungen, um sie zu überwinden. Wir dürfen uns nicht an die Situation gewöhnen oder sie als unabänderlich hinnehmen oder es uns gar in dieser Situation bequem machen. Auch das gibt es nämlich — zumindest bei denen, die meinen, die jeweils anderen seien an dieser Situation schuld.

III.

Die gegenwärtige Lage unserer Partei gibt vielen — darunter auch Wohlinnenden und ehrlich Besorgten, denen es vor dem Gedanken graut, unser Land könne auf lange Zeit den Konservativen, den Weiter-so-Ideologen, vollständig ausgeliefert werden — Anlaß zu Ratschlägen und zu Kommentaren. Einer dieser Kommentare lautet: Wir hätten uns selbst überflüssig gemacht. Das sozialdemokratische Jahrhundert gehe zu Ende. Alles, was wir gefordert hätten, sei verwirklicht: Der Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie und vor allem der Sozialstaat. Und die Menschen, die davon und von der von uns ins Werk gesetzten Bildungsreform Nutzen gehabt hätten, würden sich nach dem Motto „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ als Aufsteiger und als Etablierte mehr und mehr anderen Parteien zuwenden. Am letzteren mag ein Korn Wahrheit sein. Und natürlich haben wir im Laufe der Jahrzehnte viele unserer Forderungen verwirklicht. Aber selbst wenn es keine neuen Herausforderungen gäbe, wenn die Entwicklung still stünde, wäre noch unendlich viel zu tun, um das Erreichte zu sichern und weiter auszubauen. In Wahrheit aber steht die Entwicklung nicht still. Im Gegenteil: Sie beschleunigt sich, sie stellt uns beständig vor neue Aufgaben, deren Größe und Tragweite unsere Generation nur allmählich erfährt.

Genossinnen und Genossen, woher kommen denn die neuen Bewegungen? Die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die ökologische Bewegung, die Dritte-Welt-Bewegung. Die sind doch nicht vom Himmel gefallen oder von irgendwelchen obskuren Diensten organisiert worden! Und warum, Genossinnen und Genossen, wählen denn über drei Millionen Bürgerinnen und Bürger Abgeordnete, die sie gar nicht oder kaum kennen, die ganz überwiegend gar keine realisierbaren Zukunftskonzepte haben, die untereinander in aller Öffentlichkeit erbitterte Kämpfe austragen und von denen die meisten eigentlich nur wissen, daß sie mit der Fortschreibung des Bestehenden, ja mit dem Bestehenden selbst nicht einverstanden sind, daß sie mit ihrem Stimmzettel gegen eben diese „Weiter-so“-Fortschreibung des Bestehenden, gegen

die einfache Verlängerung der Kurven, Protest anmelden?

(Beifall)

Das hat doch Ursachen. Wir alle erkennen doch mehr und mehr, daß sich in den letzten 40 Jahren mehr verändert hat als in Hunderten von Jahren vorher. Vor allem — wir erkennen immer deutlicher: Die Macht der Menschen, etwas zu tun und in fast unbegrenzte Räume und Zeiten hinein zu wirken, ist in gewaltiger, ja in erschreckender Weise über ihre Fähigkeit und Bereitschaft hinausgewachsen, Entwicklungen vorherzusehen, die möglichen Folgen ihres Handelns im voraus zu bewerten und Handlungen, zu denen sie technisch fähig sind oder fähig werden könnten, aus Einsicht zu unterlassen. Die ethische, die moralische Kraft der Menschheit hat mit dem Anwachsen ihrer Zerstörungs- und Vernichtungskraft nicht Schritt gehalten; die Fähigkeit, auch die schädlichen Folgen menschlichen Tuns vorherzusehen, die nicht beabsichtigt sind, steht nicht mehr mit dem ins Gigantische reichenden Ausmaß dieser möglichen Schäden im Einklang. Genossinnen und Genossen, diesen Mangel an Voraussicht, diesen ethisch-moralischen Rückstand, diesen politischen Rückstand gilt es aufzuholen. Es gilt, die Herrschaft des Menschen über die von ihm in Gang gesetzte Entwicklung wieder herzustellen. Das ist die eigentliche Kernfrage, die Überlebensfrage!

(Labhafter Beifall)

Wir sind die erste Generation, die mit nuklearen Waffen das menschliche Leben insgesamt auslöschen und auch bereits mit der friedlichen Nutzung der Atomkraft unabsehbare Schäden verursachen kann. Wir sind die erste Generation, die daran arbeitet, sich mit Hilfe der Gentechnologie der Verfügungsgewalt über die Erbinformationen und damit über die körperliche und charakterliche Beschaffenheit der nach uns folgenden Generationen zu bemächtigen. Und wir sind auch die erste Generation, die mit der Summe ihrer vielfältigen technischen Aktivitäten die Natur schon heute Stück für Stück, Tag für Tag in einer irreparablen Weise zu zerstören droht. Übrigens nicht nur bei uns, sondern auch in der Dritten Welt, etwa durch die Vernichtung der Regenwälder. Wir sind auch die erste Generation, in der für menschliches Tun in bestimmten Bereichen — etwa beim Umgang mit der Atomkraft — zwar nicht theoretisch, aber praktisch Unfehlbarkeit, ja sogar Allmacht behauptet und beansprucht wird, um die These von der Verantwortlichkeit dieses Tuns überhaupt begründen zu können. Hier, Genossinnen und Genossen, streifen die, die das beanspruchen — aber das sage ich nur für meine Person, da nehme ich niemand in Anspruch —, hier streifen die, welche diese Allmacht und Unfehlbarkeit behaupten, für mich an die Grenze der Blasphemie, an die Grenze der Gotteslästerung!

(Starker Beifall)

Die Antworten auf diese in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Herausforderungen wollen und können wir nicht Herrn Kohl, Herrn Lambsdorff und den „Weiter-so“-Philosophen überlassen, von denen manche ja am liebsten in die Zeit des Frühkapi-

talismus zurückkehren möchten. Oder Grünen, die bestenfalls wissen, wogegen sie sind; nicht aber, wo die Wege zu finden sind, die zunächst durch die Gefahr und dann aus der Gefahr herausführen. Nein! Diese Antworten, diese Wege aus der Gefahr können ohne unseren Beitrag, können ohne die Erfahrungen der ältesten Partei unseres Landes, können ohne unser Engagement, das sich nicht aus der Verabsolutierung des Materiellen, nicht aus der Entfesselung des individuellen Egoismus, sondern aus Grundwerten herleitet, die sich in der Geschichte bewährt haben, sie können ohne das solidarische Bündnis zwischen den Stärkeren und den Schwächeren, das wir unverändert verkörpern, nicht gefunden werden. Es sei denn, Genossinnen und Genossen, wir verschlüssen uns selber vor diesen Herausforderungen. Wir reichten uns selber bewußt oder unbewußt in das Lager der „Weiter-so“-Besessenen oder in das Lager derer ein, die nur protestieren, aber nichts verändern. Beides aber wäre mit unserer Geschichte und der Idee des demokratischen Sozialismus unvereinbar. Beides wäre Verrat an unserem historischen Auftrag.

Nein! Wir verraten unseren Auftrag nicht. Wir wollen nicht nur durch die Zeit hindurchgehen. Wir wissen, daß wir inmitten eines großen Umbruchs stehen. Daß wir vieles verändern müssen, wenn wir auch in Zukunft ein erträgliches, ja nur ein menschenwürdiges Leben führen, wenn wir die Qualität unseres Lebens verbessern, ja wenn wir sie nur bewahren wollen. Und darum wollen wir gestalten! Willy Brandt hat 1969 gesagt: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ Und er hat heute in einer großen, in einer tief eindrucksvollen Rede daran erinnert. Ich sage: Die Zeit der Reformen ist keineswegs zu Ende. Die Zeit entscheidender Reformen liegt vor uns. Und diese Reformen werden immer dringender. Je später sie ins Werk gesetzt werden, um so höher der Preis, den unser Volk, den unser Kontinent, den die Menschheit für dieses Säumen zu zahlen haben wird.

Aber auch wenn wir uns nur auf die ganz aktuellen Probleme unseres Landes beschränken, wird deutlich, daß sie ohne die deutsche Sozialdemokratie nicht zu lösen sind.

Was würde denn aus der Politik der Friedenssicherung, aus der Ost- und Deutschlandpolitik, aus einer Zweiten Phase der Entspannungspolitik, wenn nicht der Druck einer starken Sozialdemokratie, wenn nicht unsere Initiativen diese Politik vorantreiben würden? Wohin käme es denn mit der Einigung Europas, die ich für eine der zentralen Aufgaben unserer Generation halte? Soll denn Europas Einigung Herrn Kiehl oder die Friedenspolitik Herrn Strauß, Herrn Dregger und der Stahlhelmsgruppe der Union überlassen bleiben? Den Herren, die sich gegen die Null-Lösungen gestemmt haben und ihnen durch das Festhalten an den Pershing-IA-Raketen weiter Hindernisse in den Weg legen? Ja, die es wagen, unter dem Tarnwort der Modernisierung oder sogenannter Obergrenzen in dem Augenblick für Aufrüstung einzutreten, in dem erstmals die Verschrottung von Massenvernichtungs-

waffen zum Greifen nahe gerückt ist?

(Lebhafter Beifall)

Denen, die nicht spüren, welche historischen Chancen der Gorbatschowsche Reformkurs eröffnet, und aus Angst, es könne ihnen ein Feindbild verlorengehen, das für Propaganda erklären, was eine revolutionäre Veränderung eines verkrusteten und verhärteten Systems bewirken könnte.

Nein! Die Ostverträge, der Grundlagenvertrag, das Viernächteabkommen, die Schlüsselakte von Helsinki — das ist unser Werk —, es ist vor allem das Werk Willy Brandts. Der atomwaffenfreie Korridor, ein chemiewaffenfreies Mitteleuropa, die Überwindung der Abschreckungsstrategie, die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Milliaripotentiale in Ost und West — das sind unsere Ziele ebenso wie die Selbstbehauptung Europas. Diejenigen, die stets gegen alles und jedes waren, die jetzt nur durch Druck von außen und innen auf den Weg der Vernunft gezwungen werden konnten, die werden diese Ziele nicht akzeptieren. Und schon gar nicht erreichen. Dazu ist nur eine starke Sozialdemokratie in der Lage!

Wer, Genossinnen und Genossen, nennt den Skandal einer weit über zwei Millionen verordnenden Massenarbeitslosigkeit und den Skandal einer nicht sinkenden, sondern zunehmend wachsenden Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, bei denen das Wort Armut die Realität und keine Überbreitung ist, beim Namen, wenn nicht wir Sozialdemokraten? Und wer engagiert sich unabhängig mit konkreten Konzepten für die Überwindung dieser Skandale, wenn nicht wir? An wen sollen sich die von Massenentlassungen betroffenen oder bedrohten Stahl- und Werftarbeiter und die Bergarbeiter denn wenden, wenn nicht an uns? Vielleicht an Herrn Bangemann? Oder an die Grünen, die vom Ausstieg aus der Industriegesellschaft träumen?

Nein! Wir Massenarbeitslosigkeit zur Privatsache erklärt, wer sich mit der Zweidrittelgesellschaft abfindet, wer unser Land in Zeiten günstiger Konjunktur in eine bedrohliche Haushaltskrise hineinmanövriert, weil er Steuergeschenken für ganz hohe Einkommen Vorrang einräumt — der wird nichts bewegen. Auch dazu ist nur eine starke Sozialdemokratie in der Lage. Eine Sozialdemokratie, die die Kräfte unseres Volkes zu einer großen Gemeinschaftsanstrengung bündelt. Einer Anstrengung, deren wichtigste Elemente die Fortsetzung des Prozesses der Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ und die verstärkte Förderung der mittleren und kleinen Betriebe und eine breite Qualifizierungsoffensive sind. Des weiteren: Wer steht eigentlich den Gewerkschaften solidarisch zur Seite, wenn sie um die Verkürzung der Arbeitszeit oder um gerechte Löhne kämpfen und deshalb als absurd, dumm und töricht beschimpft werden? Wer wehrt sich gegen die immer deutlicher hervortretenden reaktionären Züge der Politik der gegenwärtigen Koalition, gegen die Demontage des Sozialstaates und gegen die Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, wenn nicht wir? Das könnten die Herren so pössen, wenn wir auch noch schweigen und klein beugehen wollten. Wir Sozialde-

mokraten sagen: Fortentwicklung, Humanisierung des Sozialstaats, Übergang zu einer Politik, die sozialen Schäden stärker vorbeugt und sie nicht erst zu reparieren versucht, wenn sie eingetreten sind; Ergänzung der großen Netze durch kleine Netze der Selbsthilfe: Ja! Demontage des Sozialstaats, Kapitulation vor der Zweidrittelgesellschaft, Teilhabe an der Verschönerung des Schweigens, mit der alles zugedeckt wird, was das Bild eines selbstgefälligen Optimismus stören könnte: Niemals! Nicht mit uns Sozialdemokraten!

Wir Sozialdemokraten sind es doch auch, die die innere Liberalität schützen. Wie würden denn die Herren Zimmermann und Gausweiler — um nur zwei zu nennen — mit der Liberalität unseres Rechtsstaates, die sie schon jetzt auf das Äußerste strapazieren, erst umspringen, wenn es nicht eine starke Sozialdemokratie gäbe? Eine Sozialdemokratie, die die Wahrung der Liberalität und den Schutz der dem Staat anvertrauten Rechtsgüter so miteinander verbindet, wie das der sozialdemokratische Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wie es unser Genosse Schnoor tagtäglich in vorbildlicher Weise unter Beweis stellt.

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

Und was den Schutz und die Wiederherstellung der Natur angeht: Wer hat denn die Kraft, den Gedanken, daß ökonomische und technische Prozesse der gesellschaftlichen Kontrolle bedürfen, auch auf diesem Felde zu entfallen und durchzusetzen? Wer hat den Willen und den Mut, dem Sozialstaatsprinzip das Prinzip des Schutzes der Natur um ihrer selbst willen — ich nenne es zunächst hier einmal das Naturstaatsprinzip — an die Seite zu stellen? Doch wohl am ehesten diejenigen, die in einem jahrzehntelangen Kampf gegen erbitterten Widerstand der Konservativen die soziale Bändigung des ökonomischen Selbstlaufs der Kapitalverwertung, also das Sozialstaatsprinzip, durchgesetzt haben — nämlich die deutsche Sozialdemokratie. Übrigens — täuschen wir uns nicht! Der Kampf um die ökologische Bändigung des ökonomischen Selbstlaufs, um das Naturstaatsprinzip wird nicht leichter sein als der Kampf um den Sozialstaat! Und der ist auch noch lange nicht zu Ende.

Und noch etwas, Willy hat es schon angesprochen: Wer soll denn eigentlich den Kampf gegen eine Entwicklung am äußersten rechten Rand führen, für die es schon gefährliche Ansätze gibt und deren politische Instrumentalisierung nicht wenige so sehnlich herbeiwünschen? Soll das denen überlassen bleiben, die im Zuge einer angeblichen Normalisierung der Geschichte Täter und Opfer immer ungenierter auf eine Stufe stellen? Die die Hemm- und Schamswelle gegenüber antisemitischen Redewendungen und der Verharmlosung von NS-Verbrechen immer weiter absenken? Die Begriffe, Worte und Gedankengänge aus dem Fundus derer, die den Untergang der Weimarer Republik vorbereitet haben, schon wieder ganz ungeniert in ihre Sonntagsreden einfließen lassen? Und die dem rechten Rand auch sonst — gelegentlich in geradezu peinlicher Weise — nach dem

Mund reden? Nein! Das wollen wir nicht! Diesen Kampf muß eine starke Sozialdemokratie führen! (Lauter Beifall)

IV.

Was kann, was soll, was muß geschehen, damit wir diesen Aufgaben, damit wir unserem Auftrag gerecht werden? Damit wir wieder wachsen und siegen? Das Seine hat Willy schon gesagt. Wie er habe auch ich kein Patentrecht oder gar — um diesen Titel zu benutzen — als Oberlehrer einen fertigen Lehrplan für die nächsten Jahre. Aber zehn Elemente eines Konzepts für neue Siege halte ich für unerlässlich. Für diese Elemente will ich mit aller Kraft eintreten. Erstens: Wir müssen den Ursachen für die Wahlinderlagen und die zum Teil besorgniserregenden Stimmenverluste schonungslos und ohne jede Voreingenommenheit nachgehen. Dabei müssen alle Fakten auf den Tisch und alle Stichworte aufgearbeitet werden. Also zum Beispiel die Stichworte Dienstleistungszentren, Freizeitschule, neuer Lebensstil, Individualisierungsschub, aber auch örtlicher Zustand der Partei, Fleiß und Professionalität der Funktionäre und Mandatsträger oder Vertrauen in unsere fachliche Kompetenz. Wechsanalysen dürfen dabei nicht nur zur Rechtfertigung der Standpunkte und Ansichten, die man jeweils schon vor der Wahl gehabt hat, oder dazu, alle beim alten zu belassen. Und sie dürfen deshalb nicht folgenlos zu den Akten gelegt werden. Peter Glotz und Peter von Oertzen und die Kommission, mit der sie bereits an die Arbeit gegangen sind, bieten Gewähr dafür, daß beides nicht geschieht.

Ich will dem, was uns diese Kommission im Herbst vorlegen wird, nicht vorgreifen. Eins ist allerdings wohl schon jetzt unstreitig: Nämlich, daß Erwerbsarbeit, Erwerbseinkommen und die daran gekoppelten Systeme der sozialen Sicherheit die Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit unseres Volkes noch auf lange Zeit entscheidend prägen werden. Und daß wir uns deshalb im Einklang mit unserer Tradition weiterhin unablässig um die breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bemühen müssen. Und zwar um alle. Auch um diejenigen, die im Dienstleistungsbereich tätig sind.

(Langanhaltender Beifall)

Es ist eine Binsenwahrheit, aber sie kann nicht oft genug ausgesprochen werden: Nur wer das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besitzt, kann Wahlen gewinnen. Die absoluten Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen und im Saarland sind auf diese Weise zustande gekommen. Und nur wer Wahlen gewinnt, kann dann die Dinge auch verändern und gestalten. Nur er kann dann auch für zahlenmäßig schwächere Gruppen, beispielsweise für Studenten und Schüler, für Selbstständige und Künstler, für Menschen in besonderer Not und Bedrängnis oder auch für die sogenannten Randgruppen tatsächlich etwas erreichen und durchsetzen.

Zweitens: Die permanenten Bündnisdebatten müssen der Vergangenheit angehören.

(Starker, anhaltender Beifall)

Sie sind für unsere sämtlichen Gegner eine unbezahl-

bare Hilfe — für die Schwarzen und für die Grünen und für die Blau-Gelben. Genossinnen und Genossen, das ist auch ein Gebot der Selbstachtung. Wir sind keine politische Eintagsfliegen. Monats- oder Jahresfliegen. Wir sind die älteste und der deutschen Parteien. Unsere Identität, unser Profil muß sich aus unserem Programm, aus unseren Zielen, aus unserer Art und Weise Politik zu machen und miteinander umzugehen, muß sich aus der persönlichen Glaubwürdigkeit unserer Repräsentanten und aus unseren Leistungen ergeben, nicht aus Koalitionsaussagen oder Koalitionspräferenzen.

(Starker, anhaltender Beifall)

Das eine ist Strategie, das andere Taktik. Wer beides verwechselt oder vermengt, wird den Kampf verlieren. Wenn und wo wir die absolute Mehrheit nicht erreichen, prüfen wir, ob und mit wem wir eine Regierung bilden können, die unsere Identität nicht in Frage stellt und uns erlaubt, essentielle Teile unseres Programms zu verwirklichen. Darum rate ich auch heute davon ab, zur Unzeit von einem Jedenfalls oder einem Niemals zu reden. Genossinnen und Genossen: Man muß auch übermorgen noch mit dem Leben können, was man gestern und was man heute gesagt hat! Herbert Wehner hat diese Wahrheit stets im Auge behalten.

Außerdem: Gibt es denn nur Fragen, die andere an uns zu stellen haben? Oder die wir uns mitunter ziemlich selbstquälerisch selber stellen? Ich meine, es gibt wahrhaftig genug Fragen, die wir an andere zu richten haben!

An die Union zum Beispiel die Frage, warum sie sich in wichtigen Bereichen immer stärker als Nachfolgerin der Deutschen Nationalen Volkspartei geriert? Oder die Frage, was eigentlich von den sozialen Impulsen des Ahlener Programms noch übrig geblieben ist? Oder die Frage, warum im Kampf um den Spitzensteuersatz die noch in der Union verbliebenen Arbeitnehmervertreter — fast möchte man sagen: selbstverständlich — unterliegen und sich die Lobbyisten der Spitzenverdiener durchsetzen?

Oder die Frage, wie es eigentlich mit der sogenannten Steuerreform weitergeht? Ob da Herr Stoltenberg oder Herr Späth das Sagen hat? Ob man wirklich den Ländern und Gemeinden das Geld nehmen will, das sie so dringend für die Bewältigung ihrer elementaren Aufgaben brauchen? Oder — auch eine erlaubte Frage, die wir zu stellen haben — warum eigentlich der größte Landesverband dieser Partei, nämlich der nordrhein-westfälische, durch erbitterte innere Kämpfe seit Jahren gelähmt ist und nun das Heil von einem Mann erwartet, der zwar nie ein große Redensart verlegen ist, der es selbst aber bei der letzten Bundestagswahl in seinem Dortmunder Bundestags-Wahlkreis noch nicht einmal auf 30 Prozent gebracht hat? Die Frage darf doch erlaubt sein.

(Starker Beifall)

Und auch die Frage ist erlaubt, und ich stelle sie eher mit Nachdenklichkeit, warum eigentlich in dieser Union für Männer mit der intellektuellen Selbständigkeit eines Kurt Biedenkopf kein Platz mehr ist! Oder Fragen an die FDP, wie weit sie es eigentlich

mit der Renaissance frühkapitalistischer Ansichten und offener Arbeitnehmerfeindlichkeit im Stile der Herren Lambsdorff und Bangemann noch treiben will! Und ob ausgewiesene Liberale wie Frau Hamm-Brücher oder die Herren Hirsch und Feldmann dort wirklich noch mehr als eine Feigenblattfunktion haben.

Auch an die Grünen gibt's Fragen. Die Frage, wie sie es denn mit dem Gewaltmonopol des Staates, der Verbindlichkeit verfassungsmäßiger Gesetze, der Zugehörigkeit zum Bündnis, zur Europäischen Gemeinschaft und unserer Stellung in der Weltwirtschaft eigentlich halten wollen. Und die Frage, wer bei ihnen den Ton angibt. Die dogmatischen Fundamentalisten oder die Kräfte, die es dort auch gibt, die zur Milverantwortung und zur Unterstützung von Reformen bereit sind? Das sind Fragen, die wir auf die Tagesordnung zu setzen und immer wieder an deren Adresse zu wiederholen haben.

(Anhaltender Beifall)

Drittens: Wir müssen unsere konzeptionelle Arbeit, für die Erhard Eppler so wichtige Anstöße gegeben hat, fortsetzen und verstärken. Konkret geht es dabei um die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm. Dank Willy Brandt und der Kommission, die unter seinem Vorsitz tätig war, haben wir für diese Arbeit in Gestalt des Irseer Entwurfs eine vorzügliche Grundlage. Jetzt muß die breite Diskussion dieses Entwurfs in und außerhalb der Partei in Gang gesetzt werden. Gerade bei einem Grundsatzprogramm gilt: Auch der Prozeß, der zum endgültigen Text führt, die Art und Weise, wie er zustande kommt, ist wichtig. Nicht nur das Ergebnis. Codesberg, Genossinnen und Genossen, hat uns damals großen Auftrieb gegeben. Das kann sich, wenn wir es nur richtig anfangen, wiederholen. Außerdem muß die vom Nürnberger Parteitag beschlossene und inzwischen eingesetzte neue Kommission ihre Arbeit bald beginnen, damit die heute veränderte Frist eingehalten werden kann. Über die endgültige Fassung des Programms werden wir noch intensiv und sicher auch kontrovers zu reden haben. Aber seine wichtigsten Leitideen zeichnen sich heute schon ab.

Das sind zum einen die Leitideen, die wir aus dem Godesberger Programm übernehmen wollen. Also unter anderem die Idee der Grundwerte und der Offenheit ihrer Begründungen, die Definition des demokratischen Sozialismus als einer immerwährenden Aufgabe und das Leitbild der Volkspartei.

Und das sind die Leitideen, die auf die neuen Fragen neue Antworten geben oder aus neuen Einsichten neue Folgerungen ziehen. Die Idee eines neuen Fortschrittsverständnisses, einer sozial und ökologisch verantwortbaren Industriegesellschaft, einer humanen und sozialen Beherrschung der Technik, der gesellschaftlichen Gleichheit von Frauen und Männern, der Sicherung und des Umbaus des Sozialstaates, der gemeinsamen Sicherheit anstelle atomarer Abschreckung und einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, die auch die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigt.

Viertens: Wir müssen — und das haben wir hier mit

erfreulicher Einstimmigkeit soeben bekräftigt — an den Nürnberger Beschlüssen festhalten.

(Lauter rhythmischer Beifall)

Sie sind die konkretesten und realistischsten Antworten, die bisher von einer der deutschen Parteien auf die großen Herausforderungen gegeben worden sind, die ich vorhin beschrieben habe. Das gilt für das Konzept einer Friedenssicherung, die auf dem Prinzip der Verantwortungsgemeinschaft aufbaut, das gilt für die Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft, das gilt für das Programm Arbeit und Umwelt, für das Programm einer ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft, für gleichwertige Lebensbedingungen aller Regionen, und es gilt auch für den Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft.

Genossinnen und Genossen: Ich sage im Anschluß an meine heutige Wahl klipp und klar: Ich habe in vielfältiger Weise am Zustandekommen der Nürnberger Beschlüsse mitgewirkt. Mit mir wird es kein Zurück hinter die Beschlüsse von Nürnberg geben.

(Starker, anhaltender Beifall)

Und das gilt auch für den Beschluß, der den Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft als ganz konkretes Ziel proklamiert, dessen Erreichungsmöglichkeiten sich allerdings unterschiedlich darstellen, je nachdem, ob wir die Gesetzgebungsmehrheiten im Bund haben oder ob wir sie nicht haben. Was wir brauchen, ist eine Ergänzung, eine Konkretisierung, vor allem aber die intensive Verbreitung der Nürnberger Beschlüsse. Einer Ergänzung bedürfen die Beschlüsse auf dem Gebiet der Anregung und Förderung des qualitativen Wachstums. Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht nur der Verteilung, wir müssen auch der Erzeugung eines daran orientierten Sozialprodukts und deshalb auch der Erneuerung und der Entwicklung des Produktionsapparates unsere Aufmerksamkeit widmen.

(Beifall)

Gerade dazu ist die Förderung und Belebung der Eigeninitiative, auch der Eigeninitiative der Unternehmen erforderlich. Ich übernehme — den Satz, den Willy Brandt heute morgen von der Stelle gesprochen hat: Unternehmerische Fähigkeiten sind auch in einer Gesellschaft unentbehrlich, die unseren Vorstellungen entspricht.

(Beifall)

Auch auf dem Gebiet der Nord-Süd-Problematik sind wir noch zu allgemein. Der Zusammenhang zwischen dem wohnwichtigen Rüstungswettlauf in der nördlichen Hemisphäre und dem Elend in vielen Ländern der Dritten Welt muß noch stärker herausgearbeitet werden. Und der Gedanke eines Marshallplans für die Dritte Welt sollte gerade in diesen Tagen, in denen wir dankbar des ursprünglichen Marshallplans gedanken, neue Impulse empfangen. Die Solidarität, die wir damals erhalten haben von denen, denen es besser ging, die müssen wir jetzt in unserer Weise an die zurückgeben, die heute Not leiden.

Mit mir, Genossinnen und Genossen, und ich bin noch immer bei der Konkretisierung der Nürnberger Beschlüsse, aber ich sage ausdrücklich nur: Mit mir

kann man auch über den Einbau plebiszitärer Elemente in unsere Verfassungsordnung reden. Ich weiß: Das ist auch bei uns umstritten. Aber zumindest die Verfassungsinitiative und das Verfassungsreferendum sollen von der Diskussion nicht ausgeschlossen werden. Und ich spreche da auf dem Hintergrund einer bayerischen Erfahrung, die mir bewiesen hat, daß es dort in drei wichtigen Punkten Fortschritte gegen eine übermächtig konservative Partei nur auf diesem Weg gegeben hat.

(Langanhaltender Beifall)

Am wichtigsten aber ist die Verbreitung, ja ich nehme das altmodische Wort, die Propagierung der Beschlüsse. Es ist doch die Wahrheit: Diese Beschlüsse sind es heute nicht einmal Gemeingut der Partei, geschweige denn, daß sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger bis heute darunter viel Konkretes vorstellen können. Hier ist eine große Anstrengung erforderlich. Eine gemeinverständliche Darstellung der Beschlüsse ist in Arbeit. Auch diese Darstellung ersetzt nicht das Gespräch mit denen, die es zu gewinnen gilt. Sie kann dieses Gespräch vorbereiten und erleichtern.

Fünftens: Wir müssen uns noch stärker auf das Wesentliche konzentrieren. Wir dürfen unsere Kräfte nicht verzetzen. Wer alles gleichzeitig tun will, bewegt überhaupt nichts. Deshalb müssen wir auch den Mut aufbringen, Prioritäten zu setzen und zu sagen, was wir zuerst und was wir an zweiter und was wir an dritter Stelle tun wollen. Und wir müssen uns darüber klar sein: Am dem Tag, an dem wir einen Beschluß verabschieden, ist die politische Arbeit nicht beendet, an diesem Tag fängt sie eigentlich erst an. Sechstens: Wir dürfen uns nicht in falsche Ecken stellen lassen oder selber in diese Ecken stellen. Das hat viel mit der Sprache und mit der richtigen Verwendung der Begriffe zu tun. Auch mit der Vermeidung offener Flanken, auf die unsere Gegner nur warten. Ich nenne ein paar Beispiele:

Wir Sozialdemokraten bejahen in unseren programatischen Beschlüssen und auch in der Realität die Notwendigkeit der Ansammlung und Bildung von Kapital. Wir wissen, daß ohne Kapital und ohne einen konstanten Strom von Investitionen und Innovationen unsere Wirtschaft nicht florieren und ihre Stellung im internationalen Wettbewerb nicht behaupten kann. Aber unser Ziel ist und bleibt, daß die Arbeit das Kapital in den Dienst nimmt und nicht das Kapital die Arbeit. Darum halten wir unverändert am Ziel der paritätischen Mitbestimmung fest. Und darum sind wir gegen die Zusammenballung des Kapitals in den Händen einiger weniger und für seine breite Streuung. Darum kämpfen wir für die Demokratisierung der Wirtschaft. Für — wie Philip Rosenthal das immer so plastisch ausdrückt — für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Haben und am Sagen.

Wir anerkennen den Markt als Indikator, als Instrument des wirtschaftlichen Mitteleinsatzes, des Wettbewerbs und der Steuerung von Angebot und Nachfrage. Aber wir erheben den Markt nicht zum Götzen, dem beliebige Opfer darzubringen sind — notfalls auch Menschenopfer oder der wirtschaftliche Tod ganzer Städte und Regionen.

Wir bejahen das Atlantische Bündnis. Nicht um seiner selbst willen, sondern als ein Mittel zur Bewahrung des Friedens. Ebenso bejahen wir die Bundeswehr. Auch sie ist ein Mittel zur defensiven Kriegsvorbereitung und findet darin ihre Rechtfertigung, aber auch die Grenzen ihres Auftrags. Wir anerkennen das Engagement derer an, die den Wehrdienst als Beruf gewählt haben. Wir erkennen ebenso das Engagement derer, die auf Grund ihrer Gewissenstrennung Zivildienst leisten. Aber, Genossinnen und Genossen, die bewaffneten Streikkräfte dürfen nie wieder die Armee einer Partei werden. Und das Maß und der Rang ihrer finanziellen Bedürfnisse müssen von der Politik bestimmt werden. Und wenn ich das Ja zum Bündnis wiederhole, dann heißt das in Nürnberg bekräftigt haben, dann heißt das: Wir wollen souveräne Partner im Bündnis sein. Und das heißt auch: Wir wollen die Gewißheit haben, daß unser Hauptverbündeter nicht ohne unser Wissen oder gar gegen unseren Willen von unserem Boden aus Aktionen gegen dritte Länder in Gang setzt.

Wir respektieren dankbar die großen Leistungen der Vertriebenen und Umsiedler. Ihr Beitrag zum Wiederaufbau — übrigens auch unserer Partei in den 40er und 50er Jahren — und ihr Gewaltverzicht vom Jahre 1950 ist unvergessen. Aber wir wehren uns mit Nachdruck dagegen, daß unbeherrschbare Funktionäre das Heimatgefühl und die Heimaterinnerungen der Vertriebenen dazu mißbrauchen, die politische Verbindlichkeit und Endgültigkeit der Grenzen nach 40 Jahren erneut in Frage zu stellen.

(Starker, anhaltender Beifall)

Wir sind nicht wissenschafts- oder technologiefeindlich. Im Gegenteil. Wir haben Vertrauen zu unseren Naturwissenschaftlern, zu unseren Ingenieuren, zu unseren Technikern und unseren Facharbeitern. Anders als die Konservativen trauen wir ihnen beispielsweise zu, daß sie innerhalb eines Jahrzehnts die gewaltigen Reserven der Energieeinsparung und der Verbesserung der Nutzungsgrade mobilisieren und alternative Arten der Energieerzeugung voranbringen können, wenn wir ihre Kräfte, wenn wir die Kräfte unseres Volkes auf dieses Ziel mit politischem Willen konzentrieren.

(Lebhafter Beifall)

Das darf doch nicht so bleiben: Wenn es um neue militärische Technologien, wenn es um immer tödlichere Waffen oder Systeme geht — dann ist alles möglich. Dann ist kein Aufwand zu hoch, dann ist kein Ziel zu hoch gesteckt und keine Frist zu kurz. Von der ersten gelegentlichen Atomkernspaltung im Jahre 1938 bis zum Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima, die 300 000 Menschen damals schon getötet hat, hat es ganze sieben Jahre gedauert. Wir weigern uns zu akzeptieren, daß Wissenschaft und Technik zu solchen Anstrengungen nur fähig sind, wenn es um massenhafte Lebensvernichtung, nicht aber wenn es um die Sicherung und den Schutz des Lebens der Menschheit geht.

(Starker Beifall)

Sind auch keine Pessimisten. Und die deutsche Sozialdemokratie ist nicht die Partei des Pessimismus.

Keine Partei, die mit der Apokalypse läubelt. Oder der kritischen Rationalität, auf die wir hier von dieser Stelle aus hingewiesen worden sind, abswört. Nein — wir sind die Partei der Hoffnung. Nicht eines naiven, oberflächlichen Optimismus, aber einer realistischen Zuversicht. Wir sind eine Partei, die die Menschen nicht bevormundet oder indoktriniert, aber eine Partei, die ihnen Orientierung geben will. Und dazu gehört, daß wir den Menschen ohne jede Überheblichkeit, aber mit dem ruhigen Selbstvertrauen begegnen, auf das uns die Anstrengungen, die Leistungen und die Opfer von Millionen von Sozialdemokraten in fast 125 Jahren ein Anrecht geben.

Und vergessen wir nicht: Leistung, Zukunft und Zuversicht, das sind unsere Begriffe, das sind Bestandteile unserer Identität.

Leistung — das ist für uns allerdings nicht nur Intelligenz, technische Fertigkeit und soziales Durchsetzungsvermögen — womöglich vor allem auf Kosten anderer. Leistung, das sind auch menschlich wertvolle und gesellschaftlich wichtige Fähigkeiten wie Phantasie, Originalität, gesellschaftlich-politisches Verantwortungsgefühl, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit. Diese Eigenschaften, diese Leistungen müssen sich wieder lohnen — nicht der rücksichtslose Gebrauch der Ellenbogen.

(Beifall)

Zukunft — das war und ist nicht die Vorahnung der Apokalypse oder des Untergangs. Das war und ist für uns die Chance zur Schaffung einer gerechteren, einer menschlicheren, einer solidarischeren Gesellschaft. Eine Chance allerdings, die den Mut verlangt, Verkürzungen aufzupflügen und Strukturen zu verändern, bevor sie zerbrechen.

Das alles ist nicht nostalgische Rückkehr ins Gestrern. Das ist nicht gedankenlos Dahinleben im Heute. Das ist eine neue Form der Modernität. Das ist das Leitbild einer modernen Gesellschaft, die nicht aufhöret, im faustischen Sinne nach Wahrheit zu suchen und nach Neuem zu forschen und zu streben, aber die — um es mit den Worten Adornos auszudrücken — auch in der Lage ist, aus Freiheit Möglichkeiten ungenutzt zu lassen, anstatt unter ihrem Zwang auf fremde Sterne einzustürzen.

Und Zuversicht: Das ist das, was Bloch als das Prinzip Hoffnung umschrieben hat. Das ist die Erwartung des Guten. Das ist eine Grundeinstellung, die Gefahren für überwindbar, Herausforderungen für beantwortbar hält. Die auch insgesamt keine Lust um Untergang oder an der Katastrophe empfindet.

Ein weiteres, so meine ich, muß klar bleiben: Dieser Staat, diese Bundesrepublik Deutschland ist mit allen Unzulänglichkeiten und Mängeln auch unser Staat und unsere Republik. Wir haben sie mitaufgebaut und mitgestaltet. Deshalb lassen wir ihre tragenden Prinzipien, insbesondere die Menschenwürde, das Sozialstaatsprinzip, die parlamentarische Demokratie und ihre liberale Rechtsstaatlichkeit von niemandem in Frage stellen. Wir wehren uns dagegen, wenn zum Boykott verfassungsmäßig zustande gekommener Gesetze aufgerufen wird. Wir wehren uns aber ebenso, wenn reaktionäre Kräfte — etwa unter Mit-

brauch der Sorgen und Ängste, die durch die rasche Ausbreitung der Immunschwäche Aids hervorgerufen werden — aufs neue Minderheiten verteuflern und aus diesem Staat ausgrenzen, wenn sie diesem Staat wieder autoritäre Züge geben wollen.

(Beifall)

Gerade, Genossinnen und Genossen, weil wir diese Republik bejahen, sind wir aber da, wo es die Interessen unseres Volkes, die Interessen unseres Gemeinwesens dies erfordern, auch zur Zusammenarbeit bereit. Wir wissen — wir sind eine Partei, wir sind ein Teil des Ganzen! Wir verwechseln uns nicht mit dem Ganzen.

Siebtens: Wir müssen unsere Gegner klar beim Namen nennen und offen ins Visier nehmen. Das gilt nicht nur für die Parteien, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Das gilt auch für andere gesellschaftliche Kräfte, solange sie uns unter Einsatz ihres Geldes oder ihrer sonstigen Machtmittel planmäßig bekämpfen. Der Sachverhalt wird nicht aus dem Wege geräumt, indem man ihn verschweigt. Ich meine hier etwa die Bild-Zeitung oder — wenn ich an die Kampagnen einzelner Unternehmensverbände vor der letzten Bundestagswahl denke — den Unternehmensverband Gesamtmetall oder den hessischen Unternehmensverband und der Glaubwürdigkeit. Man gewinnt nicht an Respekt, man mindert ihn, wenn man dem Gegner Zutaten für den Kakao liefert, durch den man anschließend gezoogen wird.

(Beifall)

Achtens: Wir müssen die Fenster und die Türen der Partei weit öffnen und unser Zeitbudget überprüfen. Nach meinem Eindruck verwenden wir zu viel Zeit für den inneren Betrieb. Und zwar mitunter auch dafür, in Teilen der Partei Gruppenvorstellungen durchzusetzen. Für die Vertrauensarbeit bleibt zu wenig. Es genügt nicht, daß wir uns eine Volkspartei nennen. Wir brauchen stets auch wirkliche Volksnähe im guten Sinn. Wann, Genossinnen und Genossen, hören wir eigentlich den Menschen zu? Wann haben wir Zeit, ihnen konkret zu helfen? Wann bringen wir ihnen außerhalb der Wahlkämpfe unsere Argumente nahe? Was erfahren wir denn nach unmittelbar aus den verschiedensten Lebensbereichen? Nehmen wir das Wissen und den Sachverstand der vielen in Anspruch, die uns helfen würden, wenn wir sie nur fragen und um ihre Hilfe angehen wollten? Und wie sieht es mit unseren Kommunikationsgeflechten in den Betrieben, in die kulturelle Szene, zu den vielen Initiativen und Selbsthilfegruppen und insbesondere zu den jungen Menschen aus? Auch unsere Verankerungen im sozialen Umfeld, in den Verbänden und in den Vereinen und in den Initiativen müssen wir wieder verstärken. Da sind in manchen Teilen der Republik schon zu viele Anker gerissen.

Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen. Wir müssen sie dort aufsuchen und dort abholen, wo sie sich befinden und wo sie leben.

(Beifall)

Und das gilt um so stärker, je mehr sich die alten Massenmilieus auflösen! Hier liegt eine ganz wichtige

Aufgabe unserer Arbeitsgemeinschaften, von denen ich die vier großen, das heißt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen ausdrücklich nenne. Natürlich sollen und müssen diese Arbeitsgemeinschaften auf die Willensbildung der Partei Einfluß nehmen. Aber genauso wichtig ist es, daß sie immer wieder Brücken zu den Menschen schlagen, deren Interessen sie vertreten sollen.

(Beifall)

Neuntens: Die Werbung neuer Mitglieder muß verstärkt werden. Vor allem unter den Jüngeren, unter den Arbeitnehmerinnen und unter den Frauen. Wir dürfen auch nicht partiell austrocknen. Zehn neue Mitglieder — das kann wichtiger sein als eine noch so gute Entscheidung. Jede Ortsvereinsversammlung, jede Vorstandssitzung, jeder Parteitag sollte in nächster Zeit mit einem Bericht über die Mitglieder-Entwicklung beginnen.

(Beifall)

Zehntens: Wir brauchen wieder mehr Selbstdisziplin.

(Beifall)

Hartes Ringen, ja Streit um den besten personellen oder sachlichen Vorschlag, die richtige Analyse, die beste Lösung eines Problems — das ist eine Sache. Das ist ein Lebenselement unserer Partei; ein Stück ihrer Identität. Das ist unverzichtbar. Öffentliche Angriffe auf die eigene Partei, öffentliche Herabsetzung von Genossinnen und Genossen — das ist etwas ganz anderes. Das ist durchaus verzichtbar.

(Beifall)

Es ist schon schlimm genug, wenn junge Genossinnen und Genossen diese Regeln außer acht lassen. Aber es ist völlig unakzeptabel, wenn es Genossinnen und Genossen tun, denen die Partei Funktionen und damit zusätzliche Verantwortung übertragen hat. Gerade wenn unsere Gegner in Schwierigkeiten waren, wenn sie Schwächen zeigten, sind Sozialdemokraten mehr als einmal herbeigeflohen, haben Sichtblenden aufgestellt und um Aufmerksamkeit für Streitigkeiten gebeten, die bei uns in Gang gesetzt wurden. Das, Genossinnen und Genossen, ist meine herzliche Bitte, muß vorbei sein!

(Beifall)

Und da bin ich weiß Gott in Einklang mit der erdrückenden Mehrheit aller Sozialdemokraten und Sozialdemokraten. Und noch etwas muß so klar sein, wie Willy Brandt das heute morning gesagt hat: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist niemandes Privateigentum. Ich füge hinzu: Sie ist aber erst recht niemandes Fußabtreter. Das gilt für uns alle, das gilt für diejenigen von uns, die herausgehobene Verantwortung tragen, in ganz besonderem Maße.

(Beifall)

V.

Ich habe von unseren Gegnern gesprochen. Jetzt möchte ich davon sprechen, wo wir Verbündete besitzen und neue Verbündete finden können. Unsere Verbündeten sind und bleiben die deutschen Gewerkschaften. Wir respektieren ihre parteipoliti-

sche Unabhängigkeit. Aber wir wissen, daß wir aus einer gemeinsamen Wurzel hervorgegangen sind, daß wir vergleichbaren Herausforderungen gegenüberstehen und daß keiner von uns ohne den anderen oder gar zu Lasten des anderen erfolgreich sein kann. Die 35-Stunden-Woche, die paritätische Mitbestimmung, der Übergang zur sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft, die Überwindung der Arbeitslosigkeit erreichen wir gemeinsam oder gar nicht!

(Beifall)

Eine gemeinsame historische Wurzel verbindet uns auch mit der Arbeiterwohlfort, den Naturfreunden, dem Arbeitersamarter-Bund, der Solidarität und der Sozialistischen Jugend „die Falken“. Auch diese Organisationen stimmen in wesentlichen Zielsetzungen mit uns überein. Unter ihnen insgesamt rund 1,5 Millionen Mitgliedern gibt es übrigens nicht wenige parteilose Sozialdemokraten und Sozialdemokraten. Jedenfalls ein Teil von ihnen liebt sich auch für die förmliche Mitgliedschaft gewinnen — wenn wir uns um bemühen, und mit ihnen reden.

Verbündete in der Sache gibt es in den großen Sozialverbänden, im Reichsbund, im VdK und auch beim Deutschen Mieterbund.

Verbündete finden wir weiter im kirchlichen, im christlichen Bereich. Ich meine nicht die Kirchen selbst. Die können nach unserem Verständnis Mahner, Ratgeber, Dialogpartner einer Partei sein, nicht jedoch Verbündete. Auch nicht unsere Verbündeten. Ich meine die einzelnen Christen, gerade auch die praktizierenden Christen. Und ich füge hinzu: Die Zahl der Menschen wächst, die die christliche Botschaft als Anruf und Verpflichtung für das tägliche Leben, für das eigene Engagement, für die Mitwirkung an der Verbesserung der sozialen Verhältnisse und an der Abwendung von Gefahren auffassen, die der Schöpfung drohen. Und dementsprechend wächst die Zahl der Menschen, die erkennen, daß die Auffassungen beider Kirchen heute auf viel mehr politischen Feldern mit unseren Auffassungen übereinstimmen als mit den Auffassungen der Partei, die sich christlich nennt.

(Beifall)

Und in der Tat: Wie immer man die Haltung der Union gegenüber den Ausländern und den Asylbewerbern, gegenüber Südafrika und den Waffenexporten, gegenüber der Arbeitslosigkeit und der neuen Armut charakterisieren mag: Eine christliche Haltung ist die Haltung der Union jedenfalls nicht!

(Beifall)

Verbündete brauchen wir in viel größerer Zahl auch wieder im kulturellen Bereich, im Hochschulbereich, im Bildungsbereich. Da ist manches stumm geworden und manches auf Distanz gegangen, was um die Wende der 60er und 70er Jahre schon einmal viel näher bei uns war. Und ohne dessen Hilfe die Erfolge von 1969 und 1972 so kaum möglich gewesen wären. Die Gründe dafür liegen nicht nur, aber sie liegen auch bei uns. Das 1983 vom Parteivorstand ins Leben gerufene Kulturforum und die Historische Kommission haben hier bereits Wiederaufarbeit geleistet. Diese Wiederaufarbeit muß auch im Hochschulbereich in Gang kommen. Aber das genügt nicht. Wir brauchen auch wieder das persönliche

Gespräch mit Künstlern und Wissenschaftlern. Wir brauchen das Bündnis zwischen Arbeitnehmerschaft, Wissenschaft und Kultur. Und dieses Bündnis muß aufs neue belebt werden.

(Beifall)

Natürlich müssen wir uns neben den spezifischen Bereichen auch um die großen Gruppen kümmern, aus denen sich unser Volk zusammensetzt. Von den Arbeitnehmern sprach ich schon. Jetzt erwähne ich die Frauen, die Jungen und die Älteren. Von den Jungen zumal setzen viele Hoffnungen auf uns. Und wenn sie uns manchmal härter kritisieren, als wir das glauben verdient zu haben, wenn einige sich sogar abwenden — dann steckt dahinter öfter als wir meinen nicht grundsätzliche Ablehnung oder Gleichgültigkeit, sondern enttäuschte Erwartung, ja enttäuschte Zuneigung. Das aber läßt sich ändern, und läßt sich überwinden, wenn wir es nur zunächst einmal erkannt haben.

(Beifall)

Sagt den Frauen, daß wir mit dem, was wir bisher zur Verwirklichung ihrer Gleichstellung getan haben, noch nicht zufrieden sind. Daß wir noch mehr tun wollen. Und zwar — so hoffe ich — auch innerhalb der Partei. Denn der stürmische Beifall auf dem Parteitag und der Beschluß über eine Neuordnung der Satzung sind nach meiner Erfahrung nicht immer und in jedem Fall völlig deckungsgleich.

(Beifall)

Dazu brauchen wir aber die Hilfe und Unterstützung der Frauen. Und ich füge hinzu: Es kann der Politik — auch unserer — nur gut tun, wenn sie stärker als bisher von weiblichen Grunderfahrungen und weiblichen Denkweisen mitgeprägt wird.

(Beifall)

Sagt den Jungen, daß sie ausbaden müssen, was heute an Falschem getan und an Richtigem unterlassen wird. Es sind ihre Lebenschancen, die auf dem Spiel stehen, es ist ihre Zukunft, die heute gesichert oder vertan wird.

Sagt den Älteren, daß wir auf sie nicht verzichten wollen, daß wir ihre Erfahrungen brauchen. Daß sich für ihre fortwauernde gesellschaftliche Aktivität bei uns ein weites Feld bietet. Und das nicht nur für die Jüngeren unter den Älteren, die mit ihren 57 oder 58 oder 59 Jahren noch gar nicht zu den Alten im eigentlichen Sinn gehören.

Auch sonst gibt es Menschen genug, die wir gewinnen können. Die technische Intelligenz, die Selbständigen, die Handwerker, Leute aus dem Management — sie alle können bei uns eine politische Heimat finden. Denn unsere Politik des inneren und äußeren Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Stabilität und des Friedens mit der Natur liegt auch in ihrem Interesse. Alles andere sind Vorurteile, die wir nicht verfestigen, sondern die wir abbauen wollen!

VI.

Ich habe versucht, unsere nächsten Aufgaben zu umreißen. Natürlich gehört zu diesen Aufgaben auch, daß wir da, wo wir unmittelbare Verantwortung tragen, unsere Pflicht tun und stets deutlich werden lassen, wie sich sozialdemokratische Politik von konser-

vativer Politik unterscheidet. Das gilt für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hamburg und Bremen, deren Bedeutung für uns nach dem Verlust von Hessen noch gewachsen ist. Das gilt aber auch für die 40 Großstädte, die 52 Landkreise und die rund 1500 Städte und Gemeinden, an deren Spitze Sozialdemokratinnen oder Sozialdemokraten stehen. Dieses kommunale Fundament ist für uns wichtiger denn je.

Auch da, wo wir in Opposition stehen, im Bundestag, in Landtagen, in Kommunalparlamenten, werden wir unsere Kräfte anspannen und unsere Alternativen immer aufs neue sichtbar machen. Der Bundestagsfraktion danke ich bei dieser Gelegenheit ebenso wie den Landtags- und Kommunalfraktionen für ihre fundierte Arbeit und dafür, daß sie in schwierigen Zeiten nicht selten zur Stabilisierung der Partei beigetragen haben und auch gegenwärtig beitragen. Sie werden das auch in Zukunft tun. Und sie werden wie bisher ihre parlamentarische Verantwortung im Rahmen der Grundsatzbeschlüsse der Partei wahrnehmen. Aus gegebenem Anlaß füge ich hinzu: Der politische Primat der Partei ist und bleibt auch für die Bundestagsfraktion selbstverständlich!

Wir werden auch unsere europäische und unsere internationale Arbeit fortsetzen. Im Europäischen Parlament, im Europa-Rat, in der Sozialistischen Internationale und in unseren vielfältigen bilateralen Kontakten mit anderen Staaten, mit internationalen Organisationen und mit unseren Bruder- und Schwesterparteien. Wir freuen uns, daß Willy Brandt weiterhin an der Spitze der Internationale amtierend wird. Auch sonst — so rufe ich unseren ausländischen Freundinnen und Freunden und vor allem Dir, lieber Genosse Vranitzky, zu — könnt Ihr Euch auch in Zukunft auf uns verlassen. Wir wissen, was wir Euch verdanken, wir wissen aber auch, was wir Euch als eine der ältesten sozialdemokratischen Parteien schuldig sind. Darum werden wir weiterhin für die europäische Einigung und den Fortgang der Entspannung kämpfen. Darum bleibt die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und die Überwindung des Nord-Süd-Konflikts für uns ein Herzstück unserer Politik. Wie in vielen anderen Dingen hat Willy Brandt auch dafür Maßstäbe gesetzt.

Die nächsten und unmittelbarsten Proben werden wir aber schon in einem Vierteljahr im eigenen Lande, nämlich am 13. September bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen und den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, zu bestehen haben. Dich, lieber Klaus Wedemeyer, und Dich, lieber Björn Engholm und alle bremischen und schleswig-holsteinischen Genossinnen und Genossen begleiten unsere besten Wünsche. Wir wollen helfen, soweit das nur irgend- wie in unseren Kräften steht.

Vor dem nächsten ordentlichen Parteitag wählt im Frühjahr 1988 auch noch Baden-Württemberg. Auch Dir, lieber Dieter Spöri und den baden-württembergischen Genossinnen und Genossen gelten schon heute unsere solidarisierenden Grüße. Auch Euch wollen wir mit aller Kraft unterstützen. Unverändert ist der Satz richtig: Befriedigende Ergebnisse im Bundesdurch-

schnitt setzen voraus, daß wir in Bayern und in Baden-Württemberg kräftig zulegen.

VII.

Genossinnen und Genossen, laßt mich zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung machen. Ihr habt mich auf Vorschlag Willy Brandts und auf Vorschlag des Parteivorstandes zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Mir ist damit ein Amt übertragen worden, das vor Willy Brandt Männer wie Ferdinand Lassalle und August Bebel, Friedrich Ebert und Otto Wels und dann nach dem Kriege Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer innegehabt haben. Ich spüre, was es heißt, in ihrer Nachfolge zu stehen. Ich verspreche euch: Ich will leisten, was ich zu leisten vermag. Ich will von keinem mehr verlangen, als ich selbst zu tun bereit bin.

(Beifall)

Das war keine Drohung. Genossinnen und Genossen. Das war ein Versprechen. Ich will der Partei vorangehen, und ich will zusammenführen, was immer sich zusammenführen läßt. Jeder und jede sollen in dieser Partei zu Wort kommen. Aber dann muß entschieden werden. Und diese Entscheidungen müssen dann gelten und für alle verbindlich sein. Über vieles kann man dabei mit mir reden; schließlich bin ich älter und ein wenig gelassener geworden. Über eines aber kann man mit mir nicht reden. Und da wähle ich die gleichen Worte wie vorhin Willy Brandt — eines werde ich hüten wie meinen Augapfel. Und das ist die Einheit der Partei.

(Beifall)

Der Partei, der ich an vielen Orten und in manchen Funktionen gedient habe, der Partei, die mein Leben in fast 40 Jahren mehr und mehr ausgefüllt hat und mit der ich im Laufe dieser 40 Jahre meines Lebens immer fester zusammengewachsen bin. Gewiß: Mir fehlt die Legitimation des Widerstands und der Verfolgung. Aber wenn es sonst Proben zu bestehen gab: Ich habe versucht, sie zu bestehen. Unter anderem auch in Berlin, der Stadt, die deutsches Schicksal und deutsche Identität verkörpert wie keine andere deutsche Stadt.

(Beifall)

Der Stadt Berlin, deren Abgeordneter ich im Bundestag bin und der ich mich auch in der neuen Funktion ganz besonders verbunden fühle. Der Stadt auch, von der ich in vielen privaten Reisen die Städte und Landschaften der DDR kennengelernt und zu deren Menschen ich dabei eine sehr persönliche Zuneigung gefaßt habe. Ich möchte den Menschen in der DDR deswegen von dieser Stelle aus einen ganz besonders herzlichen Gruß entbieten.

(Beifall)

Ich bin nicht allein gewählt worden. Zugleich habt Ihr Oskar Lafontaine zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Und Hans-Uli Klose zum Schatzmeister. Anke Fuchs hat der Parteivorstand schon vorher als Nachfolgerin von Peter Glotz, dem auch ich ebenso wie Hans Muthöffer noch einmal aufrichtig danke.

(Beifall)

Er hat mit der Geduld, der er auch manchmal fähig

war, aber mit allem Einsatz eines der undankbarsten Ämter wahrgenommen, die diese Partei zu vergeben hat. Dafür, Peter, herzlichen Dank.

(Beifall)

Der Parteivorstand, so sagte ich, hat schon vorher als Nachfolgerin von Peter Glotz Anke Fuchs zur Bundesgeschäftsführerin bestellt. Also, Anke, wenn ich das sagen darf, Vogel und Fuchs, das muß ja miteinander klappen. Mit uns zusammen wird Johannes Rau als Stellvertretender Vorsitzender wie bisher wesentlichen Einfluß auf die Parteiführung nehmen.

(Beifall)

Ich meine, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Anke Fuchs, Uli Klose und ich, das ist eine ganz gute Kombination, mit der die Partei — um es auszudrücken — leben, nein, mit der die Partei von heute einen neuen Aufbruch sich vornehmen kann.

(Beifall)

Wir beide, lieber Johannes, arbeiten schon lange freundschaftlich und vertrauensvoll zusammen. Mit uns beiden, lieber Oskar, verhält es sich nicht anders. Als die des Jüngsten von uns dreien reicht Deine Perspektive noch ein bißchen weiter in die Zukunft als die unsere. Das ist Chance, Auftrag, aber auch Verpflichtung zugleich.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die deutsche Sozialdemokratie hat nach den Ereignissen der letzten Monate Anlaß, mit sich zu Rate zu gehen. Das haben wir heute auch getan. Aber die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, ihr Selbstbewußtsein preiszugeben. Nichts, was unser Land heute auszeichnet, nichts, was uns im Laufe der letzten 120 Jahre vorangebracht hat — sei es der Rechtsstaat, sei es die parlamentarische Demokratie, der Aufbau des Sozialstaats, die Verbesserung der Bildungschancen der breiten Schichten, insbesondere die der Frauen —, nichts davon ist ohne unser Zutun entstanden. Das meiste davon haben wir gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen, der reaktionären Kräfte durchgesetzt. Keine andere Partei kann das von sich mit der gleichen umfassenden Berechtigung sagen. Und auch dessen, was Fritz Erler und dann Herbert Wehner dazu beigetragen haben, daß wir aus der Ohnmacht der Opposition in die Regierungsverantwortung gelangt sind, was unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt geleistet wurde, was Gustav Heinemann als Bundespräsident verkörpert hat, dessen brauchen wir uns wahrlich nicht zu schämen. Nein: Wir können mit Stolz daran erinnern.

(Beifall)

Ich sage das gerade auch in Deiner Gegenwart, Helmut. Und danke Dir für Deine großen Leistungen. Auch Deine Leistungen sind in die Geschichte unserer Partei eingegangen.

(Beifall)

Und wenn, Genossinnen und Genossen, jetzt die Union, allen voran der Herr, der sich Generalsekretär nennt — das allein wäre übrigens schon ein Grund, jedenfalls die Bezeichnung bei uns nicht einzuführen —, immer wieder versucht, unterstützt von kleineren Verfeuern, den Menschen weizuma-

chen, sozialdemokratische Regierungsverantwortung würde unser Volk ins Chaos und in die Katastrophe stürzen, dann antworte ich mit großer Ruhe: Die Herren sollten sich für solche Warnungen andere Adressen aussuchen. Die Ursachen für die beiden nationalen Katastrophen unseres Volkes und für das Unheil, das insbesondere die zweite Katastrophe über die Welt brachte, diese Ursachen lagen nicht bei uns Sozialdemokraten. Sozialdemokraten haben vor dem heraufziehenden Unheil gewarnt und ihm widerstanden. Und wir haben zusammen mit anderen alles getan, um unser Land nach den Katastrophen wieder aufzubauen. Josef Felder, der hier unter uns sitzt, ist der lebende Beweis für das, was ich da sage.

(Starker Beifall)

Nein — so erwidere ich den Herren von der Union, wenden sie sich an eine andere Adresse: Die Ursachen für die deutschen Katastrophen waren beide Male nicht bei den Sozialdemokraten, die waren in der rechten Ecke der deutschen geschichtlichen Tradition zu finden.

(Starker Beifall)

Kurt Schumacher hat auf dem historischen Parteitag von Hannover 1946, dem ersten nach dem Ende der Gewaltherrschaft, gesagt:

„Wir sprechen die SPD nicht heilig. Aber das beste und sauberste Stück deutscher Geschichte ist trotz aller Fehler und aller Versehen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“

Das was Kurt Schumacher damals gesagt hat, es ist die Wahrheit, und es bleibt die Wahrheit, und die Rede von Willy Brandt hat diese Wahrheit noch einmal heute deutlich gemacht und unterstrichen. Darauf — so meine ich — können wir stolz sein. Nicht überheblich — aber stolz. Stolz sein, wenn wir immer im Bewußtsein behalten, was ein anderer großer Sozialdemokrat, was Georg von Vollmar schon ein Menschenalter zuvor darüber geschrieben hat, wodurch sich Sozialdemokraten von ihren Gegnern unterscheiden müssen — nämlich, so schrieb er

„... durch ihr Wissen von der gesellschaftlichen Entwicklung, durch den Realismus ihrer Politik, durch die Wahrhaftigkeit ihrer Argumente, durch ihren Mut und ihre Leidenschaft im Kampf für das Recht der Unterdrückten, durch ihren Glauben an die Menschlichkeit und Freiheit“.

Anders läßt es sich auch heute nicht beschreiben, und in diesem Sinne laßt uns jetzt gemeinsam an die Arbeit gehen!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Menschen gewinnen für die Politik der Reformen

Rede von Johannes Rau, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Verehrte Anwesende, liebe Freunde!
Parteitage unserer Partei in Bonn haben immer besondere Bedeutung:

1957 haben wir hier unser Godesberger Programm beschlossen. Dieses Programm hat uns den Weg gewiesen, den Weg der großen linken Volkspartei, den wir seit dem 2. Weltkrieg beschriftet haben.

1969 haben wir hier unsere „Perspektiven im Übergang zu den 70er Jahren“ beschlossen: Das war ein wichtiger Schritt zur Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund. Schon wenige Monate später wurde der erste sozialdemokratische Bundeskanzler vereidigt: Willy Brandt.

(Beifall)

Heute ist hier in Bonn wieder ein wahrlich außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

Der Mann, der wie kein anderer die Politik der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland geprägt hat, gibt seine politische Führungsverantwortung weiter. Wir alle sind hier zusammengekommen, um Willy Brandt von Herzen Dank zu sagen.

(Anhaltender Beifall)

Gleichzeitig wollen wir, daß heute von Bonn wieder ein Zeichen ausgeht: Wir haben die Kraft für einen neuen Anfang, und wir wollen diesen neuen Anfang wagen.

Zu uns sind viele Gäste und Freunde gekommen. Für das Interesse, für die solidarische und auch die kritische Begleitung der deutschen Sozialdemokratie danke ich allen.

Ich grüße die Mitglieder des DGB-Vorstandes, die Vorsitzenden und ehemaligen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, an ihrer Spitze unseren Freund Ernst Breit.

(Beifall)

Ebenso begrüße ich die Vertreter der Verbände und Organisationen, die Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften und der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Ich bitte um Verständnis, wenn ich nicht alle aufzähle.

Stellvertretend für alle ausländischen Gäste begrüße ich ganz herzlich den Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, Joop den Uyl,

(Beifall)

die Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale, Irmtraut Karlsson,

(Beifall)

und Generalsekretär Pentti Väänänen.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, daß der Bundeskanzler unseres Nachbarlandes Österreich, Franz Vranitzky, zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Er wird danach ein Grußwort sprechen.

Ich grüße herzlich den früheren Ministerpräsidenten von Frankreich, Pierre Mauroy,

(Beifall)

und Vitor Constancio, den Präsidenten des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG und Generalsekretär der portugiesischen Sozialisten.

(Beifall)

Mein Gruß gilt allen Angehörigen des Diplomatischen Korps.

Ich begrüße stellvertretend für die vielen Gäste unseres Parteitags die Vorsitzende des Seniorenrates der SPD, Käthe Strobel.

(Beifall)

Ich freue mich besonders, daß der letzte noch lebende Reichstagsabgeordnete der SPD, unser Freund Josef Felder, bei uns ist.

(Beifall)

Mit großer Freude begrüßen wir Helmut Schmidt.

(Beifall)

Nun begrüße ich alle Delegierten unseres Parteitags. Endlich —

(Beifall)

denn die sind die Hauptsache. Und das weiß auch die große Zahl der Vertreter der Medien, die hier sind.

Den vielen Helfern für den technischen Ablauf dieses Tages vor und hinter der Bühne will ich jetzt schon danken.

(Beifall)

Wir wollen aufeinander Rücksicht zu nehmen versuchen.

Liebe Freunde, seit wir in Nürnberg und in Offenbach zusammen waren, haben wir schmerzliche Wahlniederlagen erlitten: in Bayern und im vergangenen November in Hamburg, im April in Hessen und davor im Januar bei der Bundestagswahl. Der 25. Januar war ein Einschnitt. Wir haben gemeinsam gekämpft, wir haben gemeinsam unser Ziel nicht erreicht. Ich hatte in diesem Wahlkampf besondere Verantwortung — dazu stehe ich.

Aber gerade wenn wir eine für unser Land so wichtige Wahl verloren haben, dann müssen wir jetzt erst recht alle unsere Kräfte zusammennehmen und gemeinsam den Blick nach vorn richten.

Wir waren alle froh, als vor fünf Wochen Klaus von Dohnanyi und die Hamburger Freunde mit einer ganz großen Kraftanstrengung der CDU die Grenzen aufgezeigt und verhindert haben, daß die Republik noch schwächer wird, als sie ohnehin ist.

(Beifall)

Wir sind mit Rudolf Scharping und den Freunden in Rheinland-Pfalz stolz darauf, daß die CDU ihre

Mehrheit verloren hat. Diesmal den Abstand mehr als halbiert, das nächste Mal sind wir vorn in Rheinland-Pfalz!

(Beifall)

Aber: Auch der 17. Mai ist kein Grund, uns selbstzufrieden zurückzulehnen. Jetzt heißt es, weiter an uns zu arbeiten und gemeinsam voranzugehen: In Bremen wollen wir erneut klare Verhältnisse mit Klaus Wedemeier an der Spitze. Das ist das Beste für die Menschen und die Stadt.

(Beifall)

Schleswig-Holstein braucht endlich eine andere, eine bessere Regierung, braucht den Ministerpräsidenten Björn Engholm.

(Anhaltender Beifall)

Freunde, es ist zu packen. Die Wahl am 13. September kann zu einem wichtigen Meilenstein für unser ganzes Land und für unsere Partei werden.

Wir Sozialdemokraten wollen Regierungsverantwortung, denn wir wollen gestalten und verändern. Deshalb kämpfen wir um Mehrheiten. Wir geben dieses Ziel nicht auf. Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie.

(Beifall)

Es ist gut, daß wir die Phase überwunden haben, in der uns andere in unsinnige Bündnisdiskussionen hetzen oder zielen konnten, und wir dabei auch noch mitgespielt.

Wir Sozialdemokraten definieren unseren Weg nicht aus dem Verhältnis zu anderen. Wir bestimmen unseren Weg aus unseren Grundüberzeugungen und Grundwerten. Wir sind keine Anpasser. Wir bestimmen die Maßstäbe und Zielmarken selbst. Darum haben wir auch keinen Bedarf, nach den erledigten Koalitionsspekulationen jetzt andere Farbspiele an deren Stelle zu setzen.

(Beifall)

Und wir können kein Interesse daran haben, das Denkmuster von den zwei Blöcken oder Lagern wiederzubeleben, das jetzt langsam, aber sicher abzubrockeln scheint.

Wir kämpfen um die Mehrheit. Wo wir die Mehrheit nicht erringen, da sind wir bereit zur Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien, da wo sie mit uns unser Land ein Stück menschlicher und gerechter machen wollen.

Wer noch vorne will, muß wissen, wo er steht. Der 17. Mai darf uns nicht täuschen: Die SPD ist noch immer in einer schwierigen Phase, der Weg heraus aus der Talsohle ist beschwerlich. Wir haben viel Vertrauen verloren — auch durch eigene Schuld. Wir können wieder neues Vertrauen gewinnen — nur durch eigenes Tun.

Von uns selbst hängt es ab, ob wir aus der Krise herauskommen: Von der Klarheit, der Verständlichkeit und der Mehrheitsfähigkeit unserer Ziele und unserer Mittel. Und von der Art unseres Umgangs mit den Menschen, aber auch vom Umgang miteinander in unserer Partei. Dauerhafte Zustimmung erhält nur, wer sagt, was er tut, und wer tut, was er sagt.

(Beifall)

In Nürnberg und in Offenburg haben wir mit großen Mehrheiten Beschlüsse gefaßt, die ich damals wie heute für richtig halte.

(Beifall)

Ich bin überzeugt: Für die Ziele, die wir in Nürnberg und Offenburg gemeinsam beschrieben haben, gibt es eine Mehrheit in unserem Land. Wenn daraus am Wahltag noch keine Mehrheit wurde, dann müssen wir uns fragen: Woran liegt das?

Haben wir wirklich das ganze Nürnberg, die ganze Breite und Tiefe unserer Beschlüsse zu den Menschen gebracht? Nürnberg war doch nicht nur der richtige Beschluß zur Energiepolitik. — Übrigens, wir haben noch nicht einmal genügend deutlich gemacht: Das Umsteigen auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft ist kein Ausstieg aus der Atomkraftgesellschaft — im Gegenteil, es ist eine ungeheure Herausforderung für diese Industriegesellschaft, für Wissenschaftler, für Techniker, für Ingenieure.

(Beifall)

Nürnberg war doch auch konkrete Politik für Arbeit und Umwelt, war doch auch ein attraktives Angebot an den Mittelstand, war doch auch eine Perspektive für eine Sozialpolitik, in der das Gebot der sozialen Gerechtigkeit wieder gelten muß. In Nürnberg waren wir doch auch klarer als alle anderen, wo es um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern geht.

Haben wir über alle diese Positionen genug gesprochen mit den Bürgerinnen und Bürgern? Wir alle haben zusammen nach dem Verlust der Regierungsverantwortung in Bonn im Spätherbst 1982 zugelassen, daß der Begriff „Reformpolitik“ an Reiz verloren hat. Dieser Begriff, der unser Land 13 Jahre lang — während der Zeit der Bundeskanzler Brandt und Schmidt — bestimmt hat, ist in Mißkredit geraten. Wir haben es zugelassen, daß statt dessen Scheindebatten zwischen „schwarzen“ und „grünen“ Fundamentalisten die Szene beherrschten.

Die Einsicht, daß die Verhältnisse bei uns nur durch Reformen zu verändern sind, und daß Reformen die Bereitschaft zum Kompromiß und die Fähigkeit zum Kompromiß voraussetzen, diese Einsicht haben doch die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen ist heute aus meiner Sicht das Wichtigste, daß wir die Menschen wieder gewinnen für die Politik der Reformen, daß wir sie mitnehmen auf unserem Weg. Gesellschaftlicher Fortschritt durch Kraft zur Erneuerung, durch Mut zur Veränderung, durch Reform — das ist sozialdemokratische Politik. Wir wollen reformerische Fortschritte in der Energiepolitik, in der Umweltpolitik, in der Steuerpolitik, in der Rentenpolitik wie in der Gesundheitspolitik und der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Für alle, die mit uns wissen, daß es auf diesen und anderen Feldern nicht so weitergehen kann wie bisher, und das ist die Mehrheit, bis ins konservative Lager hinein, für sie alle müssen wir der Gesprächspartner sein. Für diesen großen gesellschaftlichen Dialog, den unser Land wieder braucht, brauchen wir auch wieder neue Formen des Gesprächs. Das ist zugleich unsere wichtigste organisatorische Aufgabe. Das, was Willy Brandt 1969 gesagt hat, gilt auch

heute — unter anderen Bedingungen und auf anderen Feldern: Wer im Jahr 2000 sicher leben will, der muß heute mit uns Sozialdemokraten für Veränderungen kämpfen, der muß für Reformen eintreten.

(Beifall)

Wo die einen mit ihrem phantasielosen „Weiter so“ die Zukunft verspielen und andere mit ihrer „Alles-oder-nichts“-Haltung wirkliche Veränderungen blockieren, da stehen wir Sozialdemokraten für die Erkenntnis: Zukunft gewinnt man nur durch praktische Reformen. Deshalb wollen wir durch praktische Politik umsteuern, zum Beispiel auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft.

Ja gewiß: wir brauchen Konsens, und wir haben in unserem Nürnberger Beschluß den Konsens zu einem wichtigen Eckstein für weiteres Vorgehen gemacht. Aber Konsens kann doch nicht heißen, daß jetzt die Begleit- als politische Geiseln für den Pro-Kernkraft-Kurs genommen werden.

(Anhaltender Beifall)

daß jetzt der SPD die Probleme der Kohle in die Schuhe geschoben werden. Die Kohle kommt doch nicht in Schwierigkeiten, weil die SPD sagt: „Kernenergie ist nur eine Übergangstechnologie“ — Kohle wird an den Rand gedrängt, weil wir schon zu viele Atomkraftwerke haben und weil bald auch noch Mühlheim-Kärlich ans Netz gehen soll.

(Beifall)

Das müssen wir den Menschen sagen.

(Beifall)

Und wir müssen ihnen sagen: Wir wollen endlich wirkliche Schritte zur Abrüstung. Wir wollen die doppelte Null-Lösung für unser Land und für Europa, in West und Ost und ohne Wende und Aber.

(Beifall)

Wir wollen, daß die Massenvernichtungsmittel aus allen Teilen Europas verschwinden.

Wir müssen durch unsere Argumente, durch unsere Überzeugungskraft erzwingen, daß die Bundesregierung endlich aus dem Bremserhäuschen herauskommt bei der Abrüstung.

(Beifall)

Wir wollen politische und militärische Entspannung zwischen den Blöcken. Was Willy Brandt und Helmut Schmidt begonnen und durchgesetzt haben, das müssen wir fortführen.

Nur durch ein starkes Europa können die Interessen der Europäer in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht erhalten. Das ist unsere Chance für Frieden und soziale Demokratie.

Schritt für Schritt wollen wir unseren Vorstellungen von einer menschlicheren Gesellschaft durch konkrete Veränderungen näherkommen.

Fritz Erler hat uns immer wieder nahegebracht, daß es nicht genügt, Recht zu haben — man muß auch Recht bekommen. Ich füge hinzu: Man muß auch Recht bekommen wollen.

Rolf Zundel hat vor kurzem in der ZEIT geschrieben: „Mit Beschlüssen allein wird nichts bewegt; wo sie sich nicht mit dem Alltag des Menschen verbinden, bleiben sie rechtshaberische Ideologie, sind sie ein sicheres Programm für eine Minderheitspartei.“ Das wollen wir nicht. Wir wollen den praktischen

greifbaren Erfolg für die einzelnen Menschen. Wir wollen unsere Gesellschaft verändern, denn das ist im Interesse der Menschen.

Liebe Freunde, solche Veränderung im Interesse der Menschen hat ein Mann zu seiner Lebensaufgabe gemacht, dem unsere Partei und das ganze deutsche Volk viel, sehr viel zu verdanken hat: Willy Brandt! Keinem unter uns haben wir Sozialdemokraten mehr zu danken für das, was er für uns war und ist.

Willy, du hast unsere Partei stärker bestimmt als jeder andere seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Die SPD ist deine Partei und bleibt deine Partei.

Ich bin befangen, ich bin nicht frei von persönlicher Erschütterung, wenn ich an manches denke, was dich zu der Entscheidung gebracht hat: es uns hierher führt. Ich sage es persönlich: Ich war dir oft nah, und ich bin dir nah, aber ich weiß, ich weiß auch von zu Hause: Menschen, die sich nah sind, tun sich manchmal auch weh. Und darum sage ich für mich persönlich, und ich glaube, viele würden es auch so sagen, wenn sie zu sprechen hätten: Wo ich dir weh getan habe, verzeih mir das. Viele bitten um solche Verzeihung. Du weißt, es ist viel Zuneigung in dem, was wir für dich empfinden.

Deine politische Biographie wird heute nicht geschrieben, sie ist ja auch heute nicht zu Ende — aber die Konturen sind uns allen deutlich: Du hast Türen geöffnet, hast viele junge Menschen zu uns geführt, ohne die unsere Demokratie ärmer wäre. Du hast gezeigt, wie Arbeitnehmer und Künstler, wie Arbeiterbewegung und das intellektuelle Deutschland sich brauchen und aufeinander angewiesen sind. Wir haben die „Politik der inneren Reformen“ und den hohen Anspruch, mehr Demokratie zu wagen, nicht abgeschrieben. Und wir wollen das nicht abschreiben.

Mit deinem Namen bleibt verbunden die Aussöhnung mit den Völkern unserer östlichen Nachbarn. Und nicht nur bei uns hast du das Bewußtsein dafür geschärft, daß es keine gute Zukunft gibt ohne mehr Gerechtigkeit zwischen den Ländern des Nordens und des Südens.

(Beifall)

Wir sind dankbar, daß du in unserer Mitte bleibst, wenn wir jetzt auf unsere Weise und mit unseren Gaben versuchen, unsere Gesellschaft freier, gerechter, solidarischer — also menschlicher zu machen. Du wirst für uns auch in Zukunft kein bequemer Freund sein, du wirst es nie. Deine beharrliche Entschlossenheit, Dein Festhalten an den großen Linien des als richtig Erkannten hat dich immer wieder anstoßen lassen — in deiner Jugend, in den 50er Jahren, bis in die jüngsten Tage hinein. Aber so hast du Anstöße gegeben, die über den Tag hinaus wirken. Wir haben das gebraucht. Und wir brauchen das weiter.

Du hast uns immer wieder gezeigt, wie wichtig es ist, unsere große, lebendige Volkspartei zusammenzuführen, die Kräfte zusammenzuführen zum Nutzen des Ganzen.

Daran muß sich jeder in der Führung unserer Partei orientieren. Jeder, auch die drei, die jetzt die Verantwortung an der Spitze unserer Partei übernehmen

sollen. Jochen, Oskar und ich bitten um deinen Rat. Und deine solidarische Kritik und deine Ermunterung. Denn wir wollen da anknüpfen, wo du die SPD hingeführt hast — unsere Partei, die zugleich traditionsreich und erneuerungsfähig ist. Wir wollen deine Impulse aufgreifen und sie verbinden mit unseren Möglichkeiten, unserer Phantasie und unserer Tatkraft. Der Parteivorstand hat unter deinem Vorsitz einstimmig dem Parteitag vorgeschlagen, daß Hans-Jochen Vogel dein Nachfolger sein soll. Wir wollen die uns zugedachte Verantwortung gemeinsam nach besten Kräften tragen, zusammen mit Anke Fuchs als Bundesgeschäftsführerin und mit Uli Klose als Schatzmeister, dem die ganze Partei zu seinem heutigen runden Geburtstag, zu seinem fünfzigsten, ein Wort herzlichen Grüßes und ein Wort herzlicher Gratulation sagt.

(Beifall)

Jeder von uns hat seine besonderen Fähigkeiten, auch seine besonderen Eigenheiten, jeder von uns will und wird seine Gaben einbringen, jeder an seinem Platz. Ich bin sicher: Wir werden uns gut ergänzen. Wenn wir diesen Weg gehen, liebe Freunde, dann überwinden wir unser Tief. Und das müssen wir — je schneller desto besser. Denn ohne eine starke und mehrheitsfähige SPD gibt es keine gute Zukunft für unsere Bundesrepublik Deutschland. Ich schließe mit einem Zitat: „Politik heißt: Etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderung wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phantasie und Handlungskraft mehren, Träume und Visionen anregen.“ Das hat Olof Palme 1984 gesagt. Es bleibt aktuell. Es bleibt eine Richtschnur.

(Anhaltender Beifall)

Die Abschiedsrede

Willy Brandt

Werte Gäste, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Einen sozialdemokratischen Parteitag einzuberufen, um den Vorsitzenden abzulösen, ist eher ungewöhnlich; er ist ja auch „außerordentlich“. Das war mir, das uns klar, als ich im März den entsprechenden Vorschlag machte. Es war seit dem letzten Sommer bekannt, daß ich auf dem nächsten ordentlichen Parteitag für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Zur Nachahmung kann ich solche Vorankündigungen nicht empfehlen.

(Beifall)

Auch in der Politik gibt es Dinge, von denen spricht man am besten erst, wenn sie spruchreif sind. Auch bei uns Sozialdemokraten, die wir ja, wie ich höre, alles andere als eingeschlossene Staatsbürger vorausschauender Planung sind.

Bei Traven — in dessen erstem Dschungelroman — ist im übrigen nachzulesen, wie ein mexikanischer Indianerstamm es bei der Häuptlingswahl hielt. Die zogen dem Neugewählten die Hose runter und hielten ihn mit dem nackten Hintern einen Augenblick übers Feuer. Du sollst nicht zu lange auf Deinem Häuptlingsstuhl sitzen bleiben, so in etwa könnte man das Bild deuten. Ich spreche von mir.

(Beifall)

Von mir, der ich ja nun ziemlich lange hocken geblieben bin. Und natürlich habe ich nicht allen und allem gerecht werden können. Ich bitte um Nachsicht. Wenn einer nach dem Ertrag dessen fragt, was ihn in Anspruch nahm, darf er jedoch nicht nur an das denken, was gelang. Mir ist es oft genug leichter gefallen, neuen Themen nachzuspüren — und ich denke nicht nur an die Umweltvergiftung —, als danach hart genug am Thema zu bleiben. Als Vorsitzender habe ich den Zusammenhalt der Partei so ernst genommen, daß bisweilen eine ohnehin bei mir vorhandene versöhnliche Neigung obsiegte, wo doch der Durchbruch zu neuen Entscheidungen gedrängt hätte. Aber welcher Durchbruch? Und zu welcher Entscheidung? Jedenfalls reichte die Kraft nicht aus, die der deutschen Sozialdemokratie not getan hätte zu einer raschen Wiedererstärkung und überzeugenden Erneuerungen.

Ich will Euch in dieser Abschiedsrede aber auch nicht verschweigen, was mich bei diesem Übergang in einen neuen Lebensabschnitt froh stimmt: Wir haben — unzulänglich, wie so etwas bleiben muß — wichtigen reformpolitischen Ansätzen zum Durchbruch, zur Geltung sogar verholten, als die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens das vorige Mal, in den sechziger Jahren, zu erstarren drohten. Und wir haben — gewiß gegen viel Widerstand — eine neue Politik der Verständigung durchgesetzt, als dies bitter nötig geworden war. Einer, der nicht für Hitler kämpfen mußte, sondern für das andere Deutschland arbeiten konnte, durfte mit großer Genugung erfahren,

daß Friede und Deutschland wieder, oder für viele in Europa überhaupt erst, auf einen Nenner gebracht wurden.

(Beifall)

Dies entsprach **guter** deutscher, sozialdemokratischer Tradition.

(Beifall)

Trotz der Erfolge: Auch die Sozialdemokraten, auch wir Sozialdemokraten, hatten nicht immer recht. Ich bin nicht töricht genug, dies zu betreiben. Aber doch können wir ohne Selbstüberschätzung sagen: Nie war unsere Partei an der Seite derer, die Krieg anfangen und Knechtschaft über unser Volk brachten.

(Beifall)

Wir haben vielmehr dafür gearbeitet, daß aus Millionen geschundener Proletarier und unmündiger Frauen selbstbewußte Staatsbürger werden konnten. Ich bin heute an dieses Rednerpult getreten, nicht um zu klagen, sondern um zu danken. Und natürlich nicht nur für das, was mich bewegend hier zu Beginn gesagt wurde, auch nicht nur für die Freundlichkeit, nein, wenn ich es recht empfinde, Herzlichkeit, mit der mich die Delegierten in ihrer großen Mehrheit empfangen haben. Ich weiß, was ich der Bewegung schuldig bin, in die ich als kleiner Junge hineinwuchs. Und manches davon ist lebendig geblieben in der Partei, an deren Spitze ich nun als Kanzlerkandidat seit 1960, als Vorsitzender seit 1964, stehen durfte. Ich denke an die vielen, die mir im Laufe der langen Jahre mit Rat und Tat zur Seite standen. Miteinander, **miteinander** haben wir einiges auf den Weg gebracht. Mögen andere es neu anschieben und weiter voranbringen.

Die Zeiten des mündigen Bürgers sind nicht vorbei. Jedenfalls kommen sie wieder.

(Beifall)

Jedenfalls kommen sie wieder, trotz reaktionärer Denkfaulheiten. Trotz der Starallüren solcher, denen das Bohren dicker Bretter zu langweilig ist oder zu mühsam. Trotz derer, die weniger für Menschen arbeiten und mehr für ihre Macht, ihren Ruhm. Unsere Aufgaben sind klar: Die SPD darf sich nicht daran hindern lassen, noch energischer anzugehen gegen die Vernachlässigung deutscher Interessen in der Welt, gegen die Schande hoher Arbeitslosigkeit und sich ölfleckenartig ausbreitender Ungerechtigkeit.

(Beifall)

Ich nenne die Stichworte für die künftige Arbeit: aufgeklärte Vernunft, sozialer und ökologischer Humanismus, demokratische Kultur. Unsere Partei muß bleiben, was sie im Kern seit mehr als hundert Jahren gewesen ist: Ein Zusammenschluß deutscher Patrioten mit europäischer Verantwortung.

(Beifall)

und im unverdrossenen Dienst am Frieden und am sozialem Fortschritt — im Innern wie nach außen.

I. Freiheit

Wenn ich sagen soll, liebe Freunde, und ich wiederhole, was ich neulich im Bundestag gesagt habe. Wer mich kennt, weiß es, wenn ich „Freunde“ sage, meine ich die Freundinnen immer mit. Wenn ich also sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.

(Lebhafter Beifall)

Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und von Furcht. So stand es zu einem frühen Zeitpunkt des Zweiten Weltkrieges übrigens in der Atlantik-Charta, die ich damals nicht nur als ein Instrument der psychologischen Kriegsführung verstehe mochte.

Für den Eisernen Kanzler im vorigen Jahrhundert war Freiheit ein Luxus, und den — so sagte er — könne sich nicht jeder leisten. Freiheit für das Volk, für die vielen — das hat aber nichts zu tun mit Versprechungen, die sich allein für eine Minderheit einlösen lassen.

(Beifall)

Den Kapital-Liberalen war das genug oder mag es genug gewesen sein. Neokonservative Ideologen haben die Irreführung in Kauf genommen. Gleichwohl, wir vergeben uns nichts, wenn wir einräumen, daß uns auch eigene Schwächen daran gehindert haben, dies deutlich genug zu machen: Wir sind nicht auf reglementiertes „Glück“ aus, sondern wir wollen die Freisetzung der schöpferischen Fähigkeiten, die im Menschen angelegt sind. Die Bewegungsfreiheit des einzelnen — in sozialer Verantwortung.

Seit mehr als hundert Jahren ist der Zusammenhang zwischen Stärke der Sozialdemokratie und erfahrbarer staatsbürgerlicher Freiheit bei uns sichtbar. Daß der Arbeiterschaft so lange ihr Platz am Tisch der Gesellschaft verweigert wurde, erklärt einen nicht geringen Teil der deutschen Fehlentwicklungen. Als Quälgeist und als Überwinder des verengten bürgerlichen Liberalismus haben SPD und Arbeiterbewegung für die Demokratie gestritten. Erst grundsätzlich für Freiheitsrechte, die mühsam heruntergeholt wurden aus den Wolken. Dann für ihre Verankerung in der sozialen Wirklichkeit. Ich denke, das ist gute Überlieferung.

Einen Monopolsanspruch auf die Freiheit zu erheben, wäre geschichtsfremd und der Demokratie unbekämmlich. Anders als im Stoc von Weimar konnte nach 1945 zwischen wichtigen politischen Kräften der sich formierenden Bundesrepublik Deutschland immerhin eine Verständigung darüber erzielt werden, wie der Staat organisiert sein soll und wie in ihm unterschiedliche Meinungen und Interessen auszutragen sind. Daran festhalten, gemeinsam mit möglichst vielen anderen, bedeutet, gefährlicher ideologischer Zerküftung und unverantwortlicher nationaler Schwärzung einen Riegel vorschieben. Das heißt: Wo es um die Freiheit geht, darf es an unserer Bereitschaft zu nationaler und europäischer Gesamtverantwortung nicht fehlen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Daß so mühsam um Menschenrechte

und humane Gleichwertigkeit im eigenen Lande gerungen werden mußte, hat an der nationalen Kraft gezehrt und Europa geschwächt. Nein, eine Laune war es nicht, als ich 1969 dazu einlud, mehr Demokratie zu wagen. Was wir auf den Weg brachten — von der Bildung und Rechtspolitik bis zur Betriebsverfassung —, blieb hinter manchen Erwartungen zurück, doch es hat Dinge verändert, neue Realitäten geschaffen.

(Beifall)

Und wenn die Zeit reif ist, werden wir die Pflöcke der demokratischen und sozialen Reform wiederum ein gutes Stück weiter vorn einschlagen.

(Beifall)

Der Kompaß muß auf das eingestellt bleiben, was ich unsere Bewegung tragende Idee nenne, nämlich, einer sich steigernden Zahl von Menschen Freiheit erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, daß die größten gesellschaftlichen Lebensbereiche von den Grundwerten der Demokratie und Gerechtigkeit durchdrungen werden. Und daß es vor allem Solidarität ist, die den Schwachen zu mehr Freiheit verhilft. Und daß die Moderne, für die wir gekämpft haben und weiter kämpfen, sich behaupten muß gegen rückständigen Konservatismus — einschließlich liberalistischen Variante — ebenso wie gegen anarchistischen Fundamentalismus.

(Beifall)

Apropos: In der wiederbegründeten deutschen Sozialdemokratie haben wir uns mit der Gleichstellung von Frauen und Männern zuviel Zeit gelassen.

(Beifall)

An verdienstvolles Wirken beim Wahlrecht nach 1918 und beim Grundgesetz nach 1945 zu erinnern, konnte nicht ausreichen.

(Beifall)

Einige von uns mußten dann zum Brecheisen greifen, um reale Veränderungen zu fördern. Die neue Beschlußlage, die sich anbahnende neue Beschlußlage, unverkrampt konkretisieren, bleibt vordringlich, auch wenn es Opfer kostet.

(Beifall)

Freiheit, und ich bin bei der Freiheit, Freiheit zu beschwören und sich an der Gleichberechtigung vorbeizumogeln, das geht nicht mehr an.

(Beifall)

Und ich finde es erfreulich, daß es so nicht mehr hingenommen wird.

Mir scheint im übrigen unbestreitbar zu sein, daß sich als ökonomischen Gründen und durch ökologische Zusammenhänge für den Sozialstaat neue Perspektiven ergeben. Seiner Energien bedarf es weiterhin, damit Liberalität und kulturelle Teilhabe nicht verkümmern, sondern Gemeinbesitz werden.

(Beifall)

Zur modernen Volkspartei gehört ein neues Verständnis von Fortschritt; wir haben diesen Begriff nicht wegzeworfen, wir haben ihn neu zu definieren. Dazu gehört — wir haben das gelernt — eine zeitgemäße Auffassung von Wachstum. Von der Wissenschaft als Orientierungswissen. Von der Technik, die natürlich wichtig bleibt, der aber durch die Interessen der Menschen Grenzen gesetzt sein müssen.

Es ist wichtig, daß wir uns durch gemeinschaftsfeindliche Haltungen nicht verwirren lassen, mögen sie alternativ oder konventionell begründet werden. Zum Wesen der modernen Volkspartei gehört auch die verarbeitete Erkenntnis, daß Fortschritt in manchen Bereichen Bewahren bedeuten muß. Daß das Alte, das gut war, in einer neuen Ordnung aufzuheben ist. Daß bewährte Werte nicht geopfert zu werden brauchen.

Für mich gilt dies gerade auch für die Arbeiterschaft, die Arbeiterbewegung, den Wert und die Würde der Arbeit — wohl wissend, wie sehr alles, was ich hier benenne, dem Gesetz des Wandels unterworfen ist. Dies ist jedenfalls die Zeit, in der die Idee des freiheitlichen Sozialstaates verteidigt werden muß. Mehr noch: Sie muß weiterentwickelt werden — entbürokratisiert, wo dies geboten ist.

(Beifall)

konkretisiert, den Nöten der Betroffenen realistisch angepaßt. Daß Mangel an planvollem Handeln nicht Freiheit bewirkt, sondern Chaos, zeigt sich weit über den Bereich des Sozialen hinaus, und an Katastrophen hatten wir in den vergangenen Jahren nicht gerade Mangel.

Unsere Bejahung des Wettbewerbs und des marktwirtschaftlichen Prinzips bedarf keiner Relativierung, eher könnte ich dazu raten, die Bedeutung des unternehmerischen, des eigenverantwortlichen, auch des genossenschaftlichen Engagements noch stärker hervorzuheben. Der Staat kann und soll nicht alles machen und regeln wollen.

(Beifall)

Ich halte auch sonst nichts von Überhöhungen der Staatsidee. Aber ich bleibe doch dabei, daß gute sozialdemokratische Politik sich mit schlechtem Gewissen in Sachen Staat nicht machen läßt.

(Beifall)

Es trifft eben zu, daß sich nur wirklich Reiche einen armen Staat leisten können.

(Beifall)

Wir tun gut daran, denke ich, gegenüber allen Tendenzen wachsam zu bleiben, die die individuelle Freiheit unnötig einengen.

(Beifall)

Wie man sich hüten muß, durch angebliche Notwendigkeiten staatlicher Sicherheit nicht auf Abwege gelotzt zu werden, habe ich seinerzeit am Beispiel des sogenannten — übrigens nicht von mir erfundenen, aber mitzuverantwortenden — Radikalen-Erlasses schmerzlich erfahren. Wachsamkeit ist auch hinsichtlich einer Überzentralisierung geboten, die in vielen Bereichen eher noch zunimmt.

Ich trete dafür ein, daß der **freiheitliche** Gedanke im demokratischen Sozialismus stark bleibt und noch stärker wird.

(Beifall)

Das heißt unter anderem: Wir müssen uns der nicht nur, aber doch auch gerade sehr deutschen Neigung zur Machtballung in den Weg stellen. Und wir dürfen dem Abglauben an die stets heilsame Wirkung obrigkeitlicher Maßnahmen nicht nachgeben.

Wenn der Freiheitsbegriff nicht entleert werden soll, muß er — die parlamentarische Demokratie ergänzen

— seine Konkretisierung nicht nur in den Institutionen des Staates, sondern auch vor Ort und in den Unternehmen finden

(Beifall)

durch Demokratisierung des Wirtschaftsgeschehens; durch soziale und humane Kontrolle des materiellen Fortschritts; durch eine kommunale Selbstverwaltung, die man nicht verkümmern lassen darf; durch selbstkritische Weiterentwicklung der sozialen Demokratie und ihrer Institutionen. Nicht in bürokratischen Wucherungen und in der Machtvollkommenheit von Apparaten kann die Zukunft liegen, sondern sie muß liegen in der Mithildenschaft der Arbeitenden, der Verbraucher, zumal der Gemeindebürger.

Für Freiheit gegen den Obrigkeitstaat haben unsere Altvordern gekämpft. Sie, wir, haben vor den Nazis und ihren mächtigen Helfern nicht kapituliert.

(Beifall)

Sie, wir, haben uns durch die brutale Herausforderung dem Osten nicht unterliegen lassen.

(Beifall)

So soll es bleiben: Deutsche Sozialdemokraten dürfen Kränkungen der Freiheit nie und nimmer hinnehmen, im Zweifel für die Freiheit!

(Beifall)

Auf Freiheit zu pochen — zuerst und zuletzt — für uns Europäer und für das eigene Volk, Freiheit einzuklagen für die Verfolgten und für die Ohnmächtigen — dies sei, wenn Ihr es erlaubt, meine letzte „Amtshandlung“ als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

II. Verantwortung

Es geht, wir sind daran schon erinnert worden, es geht ein Halbjahr zu Ende, in dessen Verlauf unsere Partei zunächst schwere Wahlschläge hinnehmen mußte. Hamburg und Rheinland-Pfalz sorgten für bessere Ergebnisse. Ich war damit zufrieden, wie ihr euch denken könnt. Und wer vorzeitig von einem „Trend“ sprach, hatte — wieder — den Mund zu voll genommen.

(Beifall)

Man brauchte die Lage wirklich nicht nach düsterer zu machen, als sie war. Dabei kann ich wohl verstehen, daß unseren Freunden, zumal im Süden der Republik, manchmal zumute ist wie dem Indianerjungen. — Ihr merkt, ich komme heute von den Rothäuten nicht los —, der im Fernsehen zu viele Wildwest-Filme sah und traurig seinen Vater fragte: „Daddy, weshalb gewinnen immer die **anderen**?“

(Gelächter)

Das muß nicht so bleiben.

(Beifall)

Weder in Stuttgart noch in München haben die Ländchens das Glück gepachtet, auch wenn sie manchmal scheinen, als ob sie's meinen.

An die eigenen Adresse ist zu sagen: Man muß das Glück — liest den Erfolg — auch wollen. Man muß die moschistischen Neigungen, die der Linken wohl nicht ohne Grund mitunter nachgesagt werden, im Zaun halten.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, daß man uns aus den

eigenen Reihen in den Keller redet. Und wir sollten den Erfolgreichen unter uns den Erfolg nicht übelnehmen.

(Beifall)

Ein Sieg ist nicht notwendig anrühlich für einen Sozialdemokraten!

(Beifall)

Dabei weiß ich wohl: Eine progressiv-anspruchsvolle Partei hat es von der Sache und von den Personen her schwerer als eine, die im wesentlichen auf Beharrung angelegt ist. Nur, die Beschäftigung mit uns selbst sollte nicht mehr Zeit und Kraft kosten als die Auseinandersetzung mit den Gegnern — und mit den eigentlichen Problemen.

(Beifall)

Gewiß: Eine Überzeugung ist nicht schon deshalb falsch, ein Programm nicht dadurch widerlegt, daß die Zustimmung fürs erste noch auf sich warten läßt.

(Beifall)

Ich konnte und ich kann nicht dazu raten, als richtig erkannte Einsichten deshalb nicht weiterzufolgen, sondern wegzulegen, weil sie nicht hinreichend wahrheitswirksam waren.

(Beifall)

Sich verständlicher machen, wenn es geht und wo es geht, dazu sage ich ja und nochmal ja. Aber unsere Programmatik aus dem ableiten, was die Leute gerade hören wollen: nein.

(Lebhafter Beifall)

Die Warnung von 1932 beispielsweise, und ich habe sie noch in den Knochen, daß die Naziherrschaft Krieg bedeuten werde, war richtig, auch wenn sie von der Mehrheit überhört wurde. Daß z. B. viele, auch in deutschen Ländern, Falschbilder der Wirklichkeit andienen lassen, ist bekanntlich noch jüngeren Datums.

(Beifall)

Und doch, sich nicht zu weit von dem zu entfernen, was viele aufzunehmen geneigt und mitzutragen bereit sind, gehört zur eisernen Wissensration einer Volkspartei, die nicht auf die Oppositionsbänke abonniert ist.

(Beifall)

Und die weiß, daß man auf der Regierungsbank nicht immer, aber in aller Regel mehr erreichen kann für die Menschen, denen man sich verantwortlich fühlt.

(Beifall)

Es mag ja sein, es mag ja sein, daß Macht den Charakter verderben kann — aber Ohnmacht meinem Eindruck noch nicht minder.

(Beifall)

Nehmt alles in allem: Der sechzehn Jahre Bonner Regierungsverantwortung, sechzehn sage ich, brauchen wir uns nicht zu schämen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben einen nicht geringen Anteil daran, daß die Bundesrepublik Deutschland, unsere Republik, sich sehen lassen kann im internationalen Vergleich und zumal gemessen an der deutschen Vergangenheit. Wer der Sozialdemokratie ihren Beitrag daran streitig machen will, der stellt sich schlicht ins historische Abseits.

Verantwortung — der Vorstand der Partei im ganzen und der Vorsitzende als Person haben ihren Anteil daran zu übernehmen, wenn angestrebte Erfolge versagt bleiben. Wer an herausgehobener Stelle wirkt, muß für Mißerfolge auch dann geradestehen, wenn er meint, bei ihm werde zu viel abgeladen. Wir kennen ja alle den Satz, der Sieg habe viele Väter, die Niederlage sei ein Waisenkind. Weil ich der Verantwortung nicht ausweiche, weise ich ohne falsche Bescheidenheit auf die Wahlkampfe hin, die ich mit der Partei im Wettbewerb um die Regierungsmacht geführt habe: Es gelang uns, von gut 31 Prozent in vier Anläufen auf fast 46 Prozent im Bundesdurchschnitt zu kommen.

(Lebhafter Beifall)

bei den Erststimmen waren es sogar mehr als 49 Prozent.

(Beifall)

Und in einem gewissen Sinne war ich wohl auch „mitverantwortlich“ dafür, daß die Zahl unserer Mitglieder von 650 000 auf knapp eine Million stieg. Hier wie dort fielen wir zurück. Also? Ich meine, wir haben uns neu anzustrengen — das vor allem, neu anzustrengen.

(Beifall)

Aber natürlich fällt es leichter, den Ärger über Mißerfolge zu delegieren, als andere an der Freude über Erfolge teilnehmen zu lassen. Auch ist es angebracht, Führungsschwächen zu beklagen, wenn es sich nicht um die eigenen handelt.

(Beifall)

Man kann dem scheidenden Vorsitzenden auch seine Liberalität ankreiden; nur muß man wissen, daß er ohne sie nicht mehr er selbst gewesen wäre.

(Beifall)

Damit wir uns gut verstehen: Wie man sich mit eigenen Fehlern auseinandersetzt, selbstgefragt oder selbstkritisch, das sagt einiges aus über den Charakter von Politikern und über den Inhalt von Politik. Einige schienen mir zwischenzeitlich die Rolle eines Sündenbocks vom Dienst zugeordnet zu haben. Dazu war ich nicht gewählt noch gewillt.

(Beifall)

Aber gewiß, ich habe meine Fehler gemacht. Ich habe nicht immer alles bedacht, was hätte bedacht werden sollen. Das tut mir leid, und das ist es dann auch.

(Gelächter/lebhafter Beifall)

Ich versprach damals 1964, die Einheit der Partei zu hüten — wie meinen Augapfel, wie die Standardformel dann lautet. Die Partei zusammenzuhalten — das war mein Motiv in mancher Lage, in der die einen, die anderen und vielleicht auch alle zusammen sich einen Vorsitzenden wünschten, der „autoritärer“ handelte — oder wenigstens redete.

(Gelächter/Beifall)

Dem kann ich jetzt schon gar nicht mehr gerecht werden. Sondern ich kann nur bekraftigen, wie sehr es meiner Überzeugung nach weiterhin ankommt auf Freiheit der Diskussion, Zusammenhalt in der Aktion und Entschlossenheit in der Abwehr von Attacken.

(Beifall)

Ich halte nichts von einer teutonischen Pseudo-Autorität,

(Beifall)

die durch den Schlag mit der Faust auf den Tisch demonstriert wird. Den Tisch beeindruckt der Faustschlag wenig. Wen sonst?

(Beifall)

Ja, und dann die stehende Redensart, die SPD müsse endlich „geschlossener“ werden. Gewiß, manche Extraport und manche Disziplinlosigkeit waren wirklich überflüssig. Öffentliche Aufforderungen an „die Partei“, was sie tun oder lassen sollte, sind häufig das Gegenteil von hilfreich, weil sie Vorurteile bestätigen helfen. Und wenn ich es recht sehe: Zur geschlossenen Anstalt wird die SPD bestimmt nicht werden wollen.

(Beifall)

Nein, die Wahlergebnisse haben nicht deshalb stagniert und die Regierungsverantwortung im Bund ist nicht deshalb verlorengegangen, weil wir geistig zu reger gewesen wären, sondern weil wir Mühe hatten, in einer veränderten Gesellschaft Mehrheiten zu schaffen. Und weil wir zumal einen großen Teil aus den jüngeren Jahrgängen nicht mehr erreichten.

(Beifall)

Und auch, weil die FDPisten, weil den FDPisten der Sinn nach raschem Partnerwechsel stand. Bei dieser Gelegenheit ein Wort zu der nicht nur aus jener Ecke verbreiteten Legende, der sozialdemokratische Bundeskanzler sei im Herbst '82 gescheitert, weil ihm die eigenen Partei die Gefolgschaft verweigert habe. Tatsache ist, was in einem weitverbreiteten Tagebuch zu lesen stand, und was Leute aus der rechten FDP-Führung inzwischen ja nicht mehr leugnen, sondern womit sie sich sogar brüsten: Sie haben die sozial-liberale Koalition demontiert und funktionsunfähig gemacht. Für unsere Seite kann ich wirklich guten Gewissens sagen: Ich hatte mir vorgenommen und habe mich daran gehalten, auf keinen Fall zuzulassen, daß die eigene Partei dem eigenen Bundeskanzler die Vertrauensbasis entzieht. Nicht wenige wissen, daß ich bei ein paar Problemen ernste Bedenken zurückstellte und an der Bildung von Parteilichmehheiten mitwirkte, um — wenn irgend möglich — Regierungsfähigkeit zu erhalten.

(Beifall)

In den zurückliegenden Wochen haben mich viele, sehr viele Briefe erreicht. Ich möchte mich bei allen bedanken, zumal bei denen, die mir ihre Verbundenheit bekundeten. Antworten konnte ich nur denjenigen, die meinten, daß sie sich bei dieser Gelegenheit von der Partei verabschieden sollten. Von mehreren weiß ich, daß sie sich das inzwischen vernünftigerweise überlegt haben. Wer mir sagt, er habe zur SPD gehört und gehören wollen, weil er unsere Friedens- und Reformpolitik bejahte, der darf jetzt nicht davonlaufen.

(Beifall)

Die Ziele haben sich nicht verändert. Wir müssen miteinander an Deck bleiben. Und es gilt erhöhte Wachsamkeit: Sonst zerschellt tatsächlich jene Titanic, die die Unionskonservativen immer tiefer in die Eisberge steuern, während eine grün-livierte

Schiffskapelle für Musik sorgt,
(Beifall)

bis auch ihr das Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe steht. Hier gilt es wirklich, ins Ruder zu greifen und einen verhängnisvollen Kurs zu korrigieren. Es freute mich, daß mein Wort von den „parteilosen Sozialdemokraten“ verstanden wurde. Selbstverständlich wünsche ich der Partei viele neue Mitglieder. Aber es lohnt sich, zur Kenntnis zu nehmen, daß es — zumal im Umkreis künstlerischer, intellektueller, wissenschaftlicher Berufe — nicht jedermanns Sache ist, sich parteipolitisch formell zu tun. Dies zu begreifen, gehört ebenfalls zur Verantwortung für die Partei der Freiheit. Mündige Bürger können in unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens Nützliches bewirken. Zur **Mitarbeit** sollten auch **Nichtmitglieder** willkommen sein.

(Beifall)

Wir brauchen die kritische Sympathie der sogenannten Außenseiter. Wir brauchen auch die Unbequemen. Die Querdenker. Sogar bunte Vögel, die sich gelegentlich über uns lustig machen. Eine Partei vom Schlag der deutschen Sozialdemokratie darf nie und nimmer der Versuchung geistiger Anspruchslosigkeit erliegen.

(Beifall)

Und — wenn ich das hinzufügen darf — Mangel an Humor ist auch kein Schlüssel zum Erfolg.

(Lebhafter Beifall)

Die Partei ist in ihrem Kern gesund. Ich sage das nicht zuletzt wegen eines Teils der Erfahrungen, die ich im März sammelte, nachdem ich eine tüchtige junge Frau — Tochter nichtdeutscher Eltern und noch nicht bei uns organisiert — für die nach außen gerichtete Pressearbeit beim Parteivorstand vorgeschlagen hatte. Manches, was ich bei der Gelegenheit zu hören und zu lesen bekam, war so erschreckend, daß sich in mir alles gegen eine Wiedergabe sträubt; mit **sozialdemokratischem** Stallgeruch hatte das, wovon ich jetzt spreche, nichts zu tun.

(Beifall)

Und ich muß dringend darum bitten, nicht nur abstrakt, sondern Bedürftige auch ganz konkret daran zu erinnern, daß die SPD eine europäische Partei ist und unter dem Gesetz der Völkerverständigung zu wirken begann.

(Beifall)

Man mag den damaligen Vorgang im übrigen werten wie man will, aber Fremdenfeindlichkeit dürfen wir nie und nimmer unwidersprochen lassen

(Beifall)

Wir müssen ihr so entgegenreten, daß auch Bananen merken, woran sie bei uns sind.

(Langanhaltender Beifall)

Im übrigen: Daß ich es für möglich hielt, eine nicht mit Betriebsblindheit geschlagene junge Person, intelligent dazu, könne eine besondere Fertigkeit entwickeln, einer breiteren Öffentlichkeit unsere Politik näherzubringen, mag ein Irrtum gewesen sein. Bei derjenigen, die der Sturm durch meinen Irrtum heimsuchte, habe ich mich entschuldigt. Ich habe auch diejenigen um Verständnis zu bitten, die ich mit meinem unkonventionellen Vorschlag schreckte. Trotzdem bleibe ich

bei dem, was ich in der dankwürdigen März-Sitzung des Parteivorstands gesagt habe: Meinem Eindruck nach waren wir schon mal weiter.

(Beifall)

In den Briefen hat, wie ich hinzufügen darf, der **Anlaß** zum vorgezogenen Wechsel im Parteivorstand ein wesentlich positiveres Echo gefunden, als man vermutet haben mag. Ich habe vom Anlaß gesprochen, muß dann auch den **Grund** benennen. Der ist einfach: Wenn etwas nicht mehr trägt, das lange getragen hat — wenn aus einer Personalfrage eine Haupt- und Staatsfrage wird und einflußreiche Minderheit von Mandatsträgern ausschert — dann ist es in meinem Dienstalter an der Zeit, die Seite umzuschlagen. Das Buch ist jedoch nicht zu Ende, ein neues Kapitel beginnt — immer noch, oder jetzt erst recht, unter dem Gesamttitle: Frei und links.

(Beifall)

Weshalb sollte ich nicht in allem Freimut hinzufügen, daß mir ein anderer Abgang lieber gewesen wäre. Es war und ist noch so viel zu tun. Die Erneuerung nach dem Scheitern der sozial-liberalen Koalition war noch nicht weit genug gediehen. Das Bündnis Arbeit-Kultur-Wissenschaft noch nicht neu geformt. Die Labilität der Wählerentscheidungen noch nicht überwunden. Unsere Einsichten wurden noch nicht von einer hinreichend großen Zahl der Wähler angenommen. Was — wie gesagt — nicht beweist, daß die Einsichten falsch sind.

Es liegt auf der Hand: Eine Partei der Reformen muß immer auch zur eigenen Reform fähig sein. Die SPD als Organisation bedarf jedenfalls anhaltender Pflege und erheblicher Modernisierung. Die erfahreneren Parteisekretäre, die unter uns sind, wissen und sagen: Eine schwache Organisation kann verhindern, daß eine gute Politik wirksam wird; aber eine unzulängliche Politik kann auch durch eine starke Organisation nicht lange ausgeglichen werden.

(Beifall)

Wir wären töricht, die Stärkung der Parteiarbeit zu vernachlässigen, sie nicht mit Eifer und Intelligenz voranzutreiben; aber Kraft gewinnen wir aus der Substanz unserer politischen Ideen.

(Lebhafter Beifall)

Der Umgang miteinander in der Partei könnte mancherorts meinem Eindruck nach besser sein. Die Fähigkeit zum Dialog und die Bereitschaft, sich mit veränderten Mehrheitsverhältnissen abzufinden, sind nicht überall gleich gut entwickelt. Wir kennen keine unumstößlichen Beschlüsse, doch es bekäme uns schlecht, wenn Entscheidungen von Parteitagen in belanglose Unverbindlichkeiten mündeten.

(Beifall)

Ich meine: Dies darf unsreins ebenso wenig durchgehen lassen wie leichtfertigen Umgang mit innerparteilicher Demokratie.

(Beifall)

Was beschlossen ist, muß bis zu einer möglichen demokratischen Korrektur für alle gelten, auch für solche, die sich für noch bedeutender als andere halten.

(Beifall)

Schon gar nicht überzeugend ist es, wenn manche von

einem Tag Solidarität beschwören, um am nächsten Tag — bildlich gesprochen — die zu unterstützen, die auf der anderen Seite der Barrikade zu Hause sind.

(Beifall)

Ich äußere mich zu diesen Dingen ganz unbefangen als einer, der im Laufe der langen Jahre bekanntlich nicht immer zur Mehrheit gehörte, und der sich nicht gescheut hat, seine Meinung zu ändern, wenn veränderte Einsichten dies angezeigt erschienen ließen. Aus der Arbeit am neuen Grundsatz-Programm sollte ein großes deutsches, wenn es geht, sogar europäisches Gespräch über die Politik für das Jahr 2000 werden können. Am ersten Entwurf habe ich gern mitgewirkt; er ist zu lang und noch nicht präzise genug. Er ist jedoch — denke ich — eine geeignete Diskussionsgrundlage, die es erlaubt, miteinander zu prüfen: Wie können wir die Notwendigkeit eines schwierigen Wandels bestehen? Wie unvermeidlichen Zwiespalt ertragen? Wie wird der demokratische Sozialismus die Wirklichkeit in vitaler Skepsis formen, wie die Gesellschaft zur Hoffnung ohne oberflächlichen Optimismus ermutigen?

Dabei gilt es dann nicht zu vergessen, daß große Dinge noch nie durch Intelligenz allein bewirkt wurden. Sozialdemokratische Politik muß Herz und Verstand, Leib und Seele haben.

(Langanhaltender Beifall)

Dies hat auch damit zu tun, wie wir uns um unser großes geschichtliches Erbe kümmern. Wie wir wachhalten und weiterwirken lassen, was vor uns gedacht, gestritten und gelitten wurde. Das bleibt eine stolze Tradition. 1988 wird die Partei — seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins — 125 Jahre auf dem Buckel haben. Und 75 Jahre werden dann vergangen sein, seit der Drechslermeister aus Leipzig, Parteiführer während der Jahrzehnte des Durchbruchs, in Zürich begraben wurde.

Niemand muß mich belehren, daß Mehrheiten nicht allein mit Programmen, auch nicht mit Geschichtsbüchern gewonnen werden. Nur, das Feuer der Begeisterung erlischt und die Quelle der Kraft versiegt, wenn die Grundlagen politischen Wirkens nicht mehr im Ringen der Meinungen erarbeitet, sondern nur noch irgendwo eingekauft und irgendwie zugeliefert würden.

Und mindestens an dieser Stelle darf ich das „als auch“, mir nicht immer fair angehängt, hinzufügen: Wer meint, er habe mit dem Beschreiben von Papier schon Politik gemacht, der hat auch nicht viel begriffen.

(Lebhafter Beifall)

Ich weiß: in der Politik ist es wichtiger, recht zu bekommen als recht behalten zu haben. Aber demokratisches Verantwortungsbewußtsein gebietet auch den Mut zum Unbequemen und gelegentlich Unpopulären, zum Berühmten, nicht selten Berichtigten: Aussprechen, was ist! Dies gehört zum Kampf um Führung und neue Mehrheiten. Dies gehört zur Verantwortung für die Partei der Freiheit.

(Beifall)

Sie hat viel hinter sich, unsere Partei. Wenn sie die „Energien der Geschichte recht zu nutzen weiß, heißt das: Sie hat auch viel vor sich.

Die deutsche Sozialdemokratie ist dazu da, unser Land in Europa zu Besserem zu prägen.

III. Bewegungskraft

Liebe Freunde!

Ich habe mich immer mal wieder gefragt: An welche Jahrzehnte haben sich wohl diejenigen Zeitgenossen erinnert, die meinten, das sozialdemokratische Jahrhundert sei vorbei? Haben sie die beiden Weltkriege, Faschismus und Stalinismus ausgedacht, die großen Wirtschaftskrisen und die neuen existentiellen Bedrohungen? Nein, die Epoche der sozialen Demokratie muß erst noch kommen, falls und damit es ein Überleben der Menschheit gibt.

(Lebhafter Beifall)

Nein, die alten Herausforderungen lassen uns nicht los. Die Sache der sozialen Demokratie hat die Zukunft nicht hinter sich; und der Friede braucht uns allemal. Aber: Die Sozialdemokratie muß sich als Volkspartei ständig erneuern. Nur so kann sie sich als bewegende Kraft bewähren.

Dazu gehört, daß das Bündnis, von dem ich sprach — Arbeit, Kultur, Wissenschaft —, erneuert wird, daß es vital und tragfähig ist. Vielleicht ist das nicht genau die Mitte, aber die Mehrheit ist es allemal.

(Beifall)

Mit solchen Allgemeinheiten — an denen immer etwas richtig ist — wie zum Beispiel, daß es „auf die Mitte“ ankomme, ist uns wenig gedient. Gewiß, daß nicht die Mehrheit finden kann, wer nicht in die Mitte reicht, darauf war unserers auch schon gekommen. Und ich weiß auch, daß sich das Harmoniebedürfnis vieler Menschen durch Besetzung des Mitte-Begriffs ausbeuten läßt. Dies haben uns geschickte Reaktionen bis zum Überdruß vorerzählt. Mir ist der Wettlauf um das Aneignen von Begriffen zuwider. Im konkreten Fall könnte man manchmal meinen, es solle erneut ermittelt werden, wieviel Engel auf der Nadelspitze — dieser Art von Mitte — Platz hätten. Gleichwohl, das zugrundeliegende Problem politischer Psychologie muß ernst genommen werden.

Wenn man mit dem Mitte-Begriff nicht betrügerisch umgeht, kann man ihn für jenen Wesenskern einer Verfassung verwenden, der genügend unerfüllte Aufträge bereithält. Er mag auch für das Bemühen stehen, legitime Interessen zum Ausgleich zu bringen. Wie in der Frage der Mitbestimmung in allen Bereichen, die ihr zugänglich sind. Wie in der auch sonst wieder zu weckenden Bereitschaft, Demokratie zu wagen.

Daß die Sozialdemokratie wieder und weiter ihre Hauptverantwortung bei den Arbeitnehmern findet, ist eine der Selbstverständlichkeiten, auf deren Verhinderung wohl nicht verzichtet werden kann. Wo denn sonst! Ich habe das Wort derer, die für den Arbeitnehmerbereich sprechen, immer wichtig genommen. Den gelegentlich sich wiederholenden Versuch, sie für innerparteiliche Sonderinteressen in Anspruch zu nehmen, halte ich für abwegig.

(Beifall)

Zu den Menschen, denen ich am Ende dieses Wegabschnitts besonders mich verpflichtet fühle, gehören viele Kollegen aus der Führung der Gewerkschaften,

aus Betriebsräten, Betriebsgruppen — und was alles dazu gehört.

Doch auch dies wird weiterwirkend zu gelten haben: Freiberufler und Landwirte, Unternehmer und Manager sind der Partei willkommen, wenn sie in ihr mit gleichen Rechten und Pflichten wirken wollen. Unsere SPD hat für alle zutun zu sein, die ihren grundsätzlichen Zielen zustimmen.

(Beifall)

Eine Hausfrau muß der Partei soviel wert sein wie ein Facharbeiter; und der selbständige Software-Berater hat das gleiche Recht, unsere Politik mitzugestalten wie der Beamte, der in der ÖTV oder der Soldat, der im Bundeswehrverband organisiert ist.

(Beifall)

Oder der schreibende Zeitgenosse, der nicht meint, er habe seiner sozial-liberalen Pflicht schon Genüge getan, wenn er sich für einen blaugelben Wahlauftritt vereinnahmen läßt.

Was das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft angeht: Unbeschadet der gemeinsamen Herkunft und der inhaltlichen Nähe — besonders, wo es um Arbeit und soziale Sicherheit geht oder um die demokratische Kontrolle ökonomischer Übermacht geht — wird es dabei zu bleiben haben, daß keine der verlängerte Arm der anderen sein kann. Den Gewerkschaften muß an ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit liegen. Die Partei hat gesellschaftspolitisch weiter zu greifen.

Die deutschen Gewerkschaften haben auch neuerdings beeindruckende Erfolge vorzuweisen. Aber aus der Gefahrenzone reaktionärer Drangsalierung sind sie nicht heraus. Auch nicht aus dem Risiko widerwärtiger Kampagnen, wie wir sie am Beispiel „Neue Heimat“ als wohlinszenierte Belastung gerade auch der Partei in frischer Erinnerung haben. Wachsamkeit bleibt geboten. Und Bereitschaft zur Solidarität — diese natürlich nie zur Einbahnstraße umgeschlert, denn dann wäre es keine.

(Beifall)

Was den Strukturwandel der Arbeitswelt angeht, die Umschichtungen innerhalb der Arbeitnehmererschaft — und was dies etwa für die Sozialstruktur der Städte bedeutet —, so kann ich mich nur wundern, wer alles meint, die Welt neu entdecken zu sollen; schaut man in meine Parteitagereden von vor zwanzig Jahren und mehr, läßt sich leicht feststellen, daß wir nicht samt und sonders die Zeichen der Zeit übersehen hätten. Heute begnüge ich mich mit nicht mehr als einer zusätzlichen Banalität: Es gibt nur noch eine „natürliche“ Mehrheit in unserem Volk — das ist die der Frauen.

(Lebhafter Beifall)

Aber soziale Bündnisse, die neuen politischen Mehrheiten auf den Weg helfen, die lassen sich schmieden — mit Geist und Fleiß und nicht zuviel Geduld. Ich freue mich wirklich darüber, daß Kulturschaffende von Rang und in statlicher Zahl sich wieder zu Wort melden, wenn Weichenstellungen für diese Republik anstehen.

(Beifall)

Aber niemand möge darauf abdrängen wollen, das geistige Deutschland lasse sich irgendeinem Parteiregime

ment unterordnen. Partnerschaft ist gerade hier das Beste, das man erreichen kann.
Mit großer Befriedigung möchte ich hier feststellen, daß im Laufe der Jahre, meine Jahre sind es dann auch, ein unverkennbares Gespräch mit **beiden** Kirchen möglich geworden ist. Wir haben nicht akzeptiert, daß eine Partei als ganze christlich sein könne. Aber daß in der Politik christliche Verantwortung möglich ist — dies aus sozialdemokratischer Sicht deutlich gemacht zu haben, gehört zu den bedeutendsten Leistungen mancher die mit mir gearbeitet haben in den hinter uns liegenden Jahren.

(Beifall)

Dies bedeutet ja gerade nicht, daß die Partei den falschen Ehrgeiz hätte, zu einer Art Fortsetzung von Kirchentagen mit anderen Mitteln zu werden.

Wir wissen: Ein Überangebot an einfachen und zugleich überzeugenden Antworten gibt es nicht. Und ich rate dazu, heute wie vor Jahr und Tag, den glatten Lösungen zu militärn. Häufig sind es ja doch bloß Phrasen. Unsere Erfolge in den vergangenen Jahrzehnten wuchsen uns zu, weil wir es uns nicht leichter, sondern weil wir es uns schwerer machten als andere.

Ich registriere, wie sehr sich interessierte, auch intelligente Beobachter von dem Gedanken gefangen lassen, die deutsche Politik würde noch längere Zeit in einer Art Immobilität verharren. Das eigentlich Interessante könnte sein, hört man gelegentlich, ob sich eine Rechtsaußenpartei von einiger Bedeutung formiert und ob es auf der anderen Seite zutrifft, daß die Zukunft der Parteigründer im eher linken Spektrum nicht so grün aussieht, wie sie es hofften. Ich bin so sicher nicht und muß beide Fragen heute offen lassen. Bis auf das Konstatieren einer leicht rechtslastigen Labilität, die gegenwärtig nicht nur für die Bundesrepublik sondern auch für andere Staaten im westlichen Europa kennzeichnend ist. Nicht nur bei uns — wie voriges Jahr in Niedersachsen, im April in Hessen oder auch im Mai in Rheinland-Pfalz — liegen die Ergebnisse der faktiven, nicht realen „Blöcke“ nahe beieinander. Also, wenn man auf das Parteienspektrum im ganzen schaut, nicht allein auf das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien. Immerhin lohnt es, deren, der beiden großen Parteien, unterschiedliche Entwicklung festzuhalten. Die Ergebnisse der letzten Wahlen — und ich nehme die zum Bundestag nicht aus — haben gezeigt: Die SPD hat an wirklicher Substanz nichts verloren, sie gewinnt inzwischen wieder neue Kraft. Für die CDU — bei der CSU nicht so deutlich sichtbar, aber im Prinzip nicht anders — gilt das Gegenteil: Sie verliert politisch an Substanz und an Kraft. Versuche, diesen Prozeß durch rechte Verbal-Kräfteakte aufzuhalten, werden ihm vermutlich beschleunigen.
Gleichwohl: Für die Stabilität unseres Staates haben die beiden großen Parteien entscheidende Bedeutung: Ihr Verhältnis zueinander bleibt wichtig auch im schiefen Gegeneinander. Die Voraussetzungen dafür, in Bund eine Regierung auf ganz breiter parlamentarischer Grundlage zu bilden, sind auf absehbare Zeit nicht gegeben. Man sollte es auch nicht wünschen, daß sie sich einstellen, denn das hieße,

auf eine Notlage zu setzen. Daß ich im übrigen un-dogmatisch bin, läßt sich aus früherem Verhalten ableiten — in Berlin und danach in Bonn —, wenn ich auch hier wir dort die Erfahrung machen mußte, daß eine Weiterführung der Koalition mit der CDU Versagen in der Außen- und Deutschlandpolitik bedeutet haben würde. Aber auch ohne Koalition: Aus nationaler und europäischer Sicht und zugleich wegen einiger parteiübergreifender Aufgaben im eigenen Land spräche viel dafür, daß die großen Parteien versuchen, sich aus der Verkümmung des Verhältnisses zueinander zu lösen. Aber das Zerschlagen verhetzender Konfrontationsstrategien ist schwieriger, als manche denken.

Das Thema neuer Bewegung in der deutschen Politik beschränkt sich nicht auf das Verhältnis der Großen zueinander. Mit Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, was alles noch vor kurzem an erstunlichen Thesen verkündet wurde: Als ob man nur bei eigener Mehrheit das Regieren anstreben dürfe. Als ob die SPD mit **einer** Partei **nur** zu tun haben dürfe. Als gebe es eine sozialdemokratische Doktrin für ein zeitweiliges Zusammengehen oder Nichtzusammengehen mit einer anderen Partei. Jetzt mal ganz davon abgesehen, daß wir uns im vorigen Jahr nach den großen Wählerfolgen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland eine gespenstische sogenannte Wahlziel-Diskussion haben aufreden lassen. Dabei konnte doch kein Zweifel daran sein, daß jeder für die Partei das beste Ergebnis wollte.

(Beifall)

Sozialdemokratischer Tradition und Programmatik entspricht es natürlich nicht, zur Übernahme von Verantwortung auf Regierungsebene nur bereit zu sein, wenn man über die Zusammensetzung eines Kabinetts allein entscheiden kann. In den Ländern ist im ersten Vierteljahrhundert nach Kriegsende in dieser Hinsicht ziemlich konventionell entschieden worden. Im Bund allerdings hat das Lager-Denken der Rechten rasch die Oberhand gewonnen; es kehrte nach dem Ende der sozialliberalen Ära fast automatisch wieder. Die meisten scheinen überdies nicht zu wissen, daß man schon im Kaiserreich pragmatischer war, als es der reinen Lehre zu entsprechen schien. Nach dem Fall Bismarcks und des Anti-Sozialistengesetzes nutzte die alte SPD die Chance des damaligen Mehrheitswahlrechts, um durch Absprachen mit den Liberalen bei Stichwahlen herauszuholen, was sich herauslohen ließ. Aber seitdem kehrt sie immer wieder — seit den Hottentotten-Wahlen von 1907 — kehrt sie immer wieder eine Allianz aus erstgründigen Nationalisten, konservativen Parteiberatern und reaktionären Konfessionspolitikern. Diese Lagermentalität und dieses Blockdenken haben über Deutschland und Europa viel Unglück gebracht, die Spuren sollten schrecken.

(Beifall)

Und dann ist uns in den letzten Jahren eine überflüssige Frucht aufgetragen worden, als man von rechts die Kommunistenfurcht früherer Jahre mobilisierte und uns anzuhängen versuchte, wir wollten ein „rot-grünes Chaos“ nicht herbeiführen, so doch in Kauf nehmen. Kein Zweifel, daß hier auch mit Aver-

sionen gearbeitet wurde, die sich aufgrund sehr unterschiedlichen Lebensgefühls mobilisieren ließen. Ich denke, im Bundestagswahlkampf hätte es leichter sein sollen, als es dann war, uns dieses Thema vom Leib zu halten. Denn wir stimmten alle in folgendem überein: Auf wichtigen Gebieten der Bundespolitik, und zwar nicht nur der auswärtigen, waren die Standpunkte so weit voneinander entfernt, daß nicht an eine gemeinsame Regierungsverantwortung zu denken war — selbst wenn die Zahl der Mandate gereicht hätte. Der überbordende fundamentalistische Unsinn hat den Abstand erheblich vergrößert. Diese Entwicklung trug der Sozialdemokratie inzwischen neue Sympathien ein.

Es konnte und kann keinen Zweifel geben, liebe Freunde, daß die Partei-Grünen Gegner sind. Freilich, eigene Versäumnisse haben dazu beigetragen — meiner Überzeugung nach — diese Gruppierung für eine gewisse Zeit stärker werden zu lassen, als sie hätte werden müssen. Auch darf uns Sozialdemokraten nicht gleichgültig lassen, was aus den jungen und nicht so jungen Menschen wird, die in der Friedens- und Umweltpolitik etwas tun und wenn es geht mehr tun wollen als bisher getan worden ist.

(Beifall)

Bewegungskraft kommt nicht aus dem Zuschauen. Ende Januar, unmittelbar nach der Bundestagswahl, stimmten wir im Parteivorstand und im Parteirat darin überein, daß wir das Gesetz des Handelns in die Hand nehmen und die Repräsentanten der neuen Partei — wie andere auch — veranlassen sollten, sich zu den realen Problemen der Menschen und ihrer Gemeinwesen zu bekennen, Farba dazu zu bekennen. Wir waren uns auch darin einig, daß wir in Gemeinden, in den Ländern, gegebenenfalls auch im Bund von Fall zu Fall darüber zu entscheiden hätten, ob und wie im Zusammenwirken mit anderen ein jeweils wesentlicher Teil unserer Vorstellungen durchgesetzt werden kann. Ich erkenne keinen Grund, dahinter zurückzugehen. Entscheidend ist nicht, mit wem, entscheidend ist für was.

Eine für mich bleibende Lehre ergibt sich aus der Frage: Darf die SPD es zulassen, daß ein früher so genannter Bürgerblock mit seinen publizistischen Hilfsmitteln darüber entscheidet, ob dann, wenn die parlamentarische Konstellation dies möglich macht, die SPD teilhat an der Regierungsverantwortung oder nicht?

(Beifall)

Wollten und wollen wir es zulassen, daß die Rechte uns unserer Bewegungsfreiheit beraubt und uns von ihren Gnadenereignissen abhängig macht?

(Lachhafter Beifall)

Ich meine: Darauf dürfen Sozialdemokraten sich auch in Zukunft nicht einlassen.

Es ist bekannt, daß ich die sture und durchgängige Übertragung eines Bonner Koalitionsmodells auf die Länder für obwegig halte. Es war lange anders, und das bundesstaatliche Prinzip zielt gewiß nicht auf Gleichschaltung. Der Rechtsdrill in der Führung der Unions-Parteien hat sich hier schlimm ausgewirkt. Die gegenwärtige, eher noch rechtsdrilligere Führung der Bundes-FDP — ich sag's, obwohl Hans-Diet-

rich Genscher morgen einen freundlichen Artikel, wie ich höre, über mich für den Spiegel geschrieben hat, meine ihn auch nicht in erster Linie — die gegenwärtige, rechtsdrillige Führung der Bundes-FDP war in hohem Maße mitverantwortlich für das, was ich die stille Gleichschaltung in den Ländern nenne. Sie hat von sich aus — ganz gegen ihre eigenen Interessen möchte man meinen — den Bürgerblock wieder belebt. Doch es ist für uns keine Politik, sich darüber bloß aufzuregen. Ich bin nicht für Hektik, sondern für ein beherrschendes Bemühen, eine ungesunde Erstarrung im Verhältnis der Parteien zueinander zu einem Thema zu machen, das nicht allein die Parteien, sondern das die Bürger angeht.

Auch hierbei halten wir uns am besten frei von Illusionen. Aber das Vertrauen in die Chance der Verunft und die potentielle Kraft der Moral, brauchen und das dürfen wir nicht preisgeben.

Ich sage Euch: Zufriedenheit wird keinem zuteil, der resigniert. Keiner wird etwas gewinnen, der die Mutlosigkeit zum Programm macht.

IV. Friede

Und dann auch dies noch:
'Wenn wir gefragt würden: Was habt Ihr in den letzten Jahrzehnten zustande gebracht?', so würde in unserer Antwort die Friedenspolitik bestimmt nicht an letzter Stelle stehen. In der Tat: Das Ringen um Entspannung — fest im Westen verankert — das Ringen um Entspannung, Rüstungsabbau und Zusammenarbeit, um europäische Selbstbehauptung und um jeden möglichen, realistischen Ost-West-Ausgleich, das Eintreten für Menschenrechte und für mehr Gerechtigkeit — und Vernunft — in den Nord-Süd-Beziehungen, nicht zuletzt auch der Übergang von einer deklamatorischen zu einer konkreten Deutschland-Politik — aus der Zusammenfügung dieser Inhalte und Orientierungen ist ein gutes Markenzeichen der deutschen Sozialdemokratie geworden.

(Beifall)

Ich meine, die nationale Komponente unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist bei weitem nicht immer deutlich genug sichtbar gemacht worden. Für mich war immer auch **nationaler** Verrat, was die Nazis mit Deutschland angestellt haben.

(Lachhafter Beifall)

Für mich beruhte die Politik der kleinen Schritte **auch** auf der Logik, daß die Nation nicht Bestand hat, wenn ihre Menschen immer weniger voneinander wissen. Ich habe **auch** aus Gründen der nationalen Existenz leidenschaftlich vor dem gewarnt, was eine militärische Entladung des Ost-West-Konflikts bedeuten würde. Deshalb ja auch der von anderen wiederholte Hinweis, den ich im März 1970 in Erfurt gab, wir seien uns sicher darin einig, „daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf“. Die darauf beruhende, wenn auch erst in Ansätzen vorhandene Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen, Initiativen ihrer beiden Staaten für den Frieden, Vereinbarungen der Regierungen zugunsten der Menschen und über beiden Seiten hilfreiche Zusammenarbeit — das alles hat in dieser Phase der Entwicklung, auch an der nationalen Elie gemessen, viel

mehr Gewicht als alle inhaltlichere Wiedervereinigungs-Rhetorik.

(Beifall)

Und, wie sie mich anwiden, und ich denke nicht mich allein, die schwülstigen und ranzigen Phrasen, die auf gefährliche Weise ablenken von dem, worauf es jetzt ankommt für das Leben unseres Volkes und unserer größeren europäischen Heimat.

Liebe Freunde, ich denke, ich soll mich jetzt an etwas halten, oder hätte mich vorhin an etwas halten sollen, was der August Bebel 1876 im März auf einer Versammlung in Leipzig gesagt hat. Der hat nämlich zu Beginn, und nicht erst an der Stelle, an der ich jetzt bin, gesagt: Zunächst bitte ich vor allem meine Parteigenossen, nicht durch Beifallsbezeugungen zu unterbrechen. Aus dem einfachen Grunde, weil mir diese kurze Zeit wegnehmen. Ich habe nur ein-einhalb Stunden Zeit (Bebel damals).

Die hatte ich auch, und ich will sie auch nicht wesentlich überschreiten. Zumal das, wobei ich jetzt war, was mit unserem Anteil an der Politik der Friedenssicherung, mit dem Ausgleich Ost/West, auch Nord/Süd zusammenhängt. Es hat sich ja auch den Leuten über die Partei hinaus mitgeteilt.

Für mich, wenn ich sage, Deutschlands nationale Stellung, die rechte Wahrung der Sache der Nation, dann füge ich hinzu: Die Sache der Nation — in friedlicher Gesinnung und im Bewußtsein europäischer Verantwortung — ist und war von Anfang an bei der demokratischen Linken besser aufgehoben als bei anderen.

(Beifall)

Heute sollte das für die große Aufgabe der europäischen Einigung gleichermaßen gelten.

Was wäre Deutschlands Ruf heute ohne den mutigen Widerstand von Tausenden seiner besten Söhne und Töchter? Ausländische Kritiker haben gelegentlich übersehen, daß deutsche Demokraten und Antinazisten schon sieben Jahre und mehr im Lager saßen, als die Kameraden aus dem besetzten Europa zu ihnen gestoßen wurden. Man weiß, daß gerade ich es nicht an Respekt vor den Opfern jenes Aufgebührens habe fehlen lassen, das in den 20. Juli '44 mündete — der Anfang des Widerstandes war das nicht.

Und der polnische Papst möge es mir verzeihen: Die Kirche war damals bei uns auch nicht ganz so mutig, wie einige es heute wahrhaben möchten.

(Beifall)

Wenn ich mir ein Versäumnis vergangener Jahre besonders ankreide, dann dieses: daß ich mich — ohne Verluste zu scheuen — nicht viel energischer ins Zeug gelegt habe gegen die Schmähdungen durch unverbesserliche und unbewußte Hakenkreuzler. Es bereitet mir nur eine gewisse Genugtuung, daß nicht wenige, die unsere Vertragspolitik Verrat nannten, heute Kontinuität beteuern, Kredite besorgen und einander die Türklinsen in die Hand geben, wenn in Leipzig oder Moskau oder sonstwo Geschäfte zu machen sind.

(Lebhafter Beifall)

Es ist eine nur kleine Genugtuung, wie gesagt. Der schwedische Kanzler Oxenstierna — wenn Du wußtest, mein Sohn! — hat schon vor dreihundert

Jahren über die Dummheit geklagt, was er meinte sagen zu sollen, die Dummheit mit der Welt erreicht werde. Ich möchte den uns Nachfolgenden eindringlich raten, vor organisierter Verdummung und vor ausgeklügelter Gemeinheit als Mitteln der Politik sehr auf der Hut zu sein. Dazu gehört die brüske Zurückweisung der Versuche gewisser Zeitgenossen, darunter einige Historiker, die Machenschaften von Verbrechern in Interesse der Nation umzuwandeln.

(Beifall)

Oder die Verantwortung für unsägliche Mord- und Gewalttaten wegdividieren zu wollen — denn Schuld und Verantwortung nicht Stück für Stück abzutragen heißt, sie neuen Generationen aufzuladen. Und das ist das Gegenteil von Verantwortung vor der Geschichte.

Heute stehen Verantwortung und Schuld in einem neuen Zusammenhang. Ohne Zögern sage ich: Schuld läde auf sich, wer dabei bliebe oder erneut versuchte, den jetzt möglichen Rüstungsabbau zu verhindern. Wenn die nuklearen Weltmächte nach langen Jahren unfruchtbarer Auseinandersetzungen und noch einem Zeitschnitt der Sprachlosigkeit die Kraft zum Teilkompromiß aufbringen, so ist das eine große Sache. Das heißt ja nicht, sich einzubilden, machtpolitische und — wie man sagt — ideologische Gegensätze ließen sich wegzubrennen. Sozialdemokratisches Denken entspringen solche Feindschaften nicht. Wohl aber entspricht es auf fast klassische Weise unserem Verständnis von Politik, wenn wir ja sagen zum jeweils nächsten möglichen Schritt.

Ich überschätze nicht die Bedeutung dessen, was zwischen den Weltmächten im Gespräch ist. Von gesichertem Weltfrieden kann auch dann nicht gesprochen werden, wenn Atomraketen gewisser Kategorien abgezogen und verschrottet werden, aber für die Geschichte der Ost-West-Beziehungen wäre ein neues Datum gesetzt, möglicherweise die Chance einer neuen Entwicklung gegeben. Die Politik hätte in einem wichtigen Bereich wieder die Oberhand gewonnen über das militärische Kalkül. Falls sich dies bestätigte, wäre es ein Sieg der Vernunft über die eigentzliche Eigendynamik der Rüstung.

Dabei gilt es zu erkennen, daß weder ein Abzug der Mittelstreckenraketen aus Europa noch die Halbierung der interkontinentalen Zerstörungsmaschinen schon Antwort auf eine Reihe anderer sorgenvoller Fragen bedeuten: Wie zu konventioneller-militärischer Stabilität gelangen? Was mit den atomaren Kurzstreckenwaffen tun? Was mit der chemischen Rüstung? Vor zwei Fallen muß man jedenfalls auf der Hut sein: Es kann nicht das Ziel von Abrüstung sein, Waffen in einem Bereich zu vernichten und dies durch Aufrüstung in einem anderen „auszugleichen“. Es kann auch nicht gehen, wenn man alles auf einmal will. Wer sich zuviel auf einmal vornimmt, wird nichts erreichen. Und es macht keinen Sinn, ein Paket aufzudröseln, um dafür ein neues zu schnüren. Stabilität wird es nur geben können, wenn es gelingt, den Raketenreize zu bändigen und Rüstung in allen Bereichen zu reduzieren — und zwar so, daß es sich auf die Sicherheit im ganzen auswirkt. Auf diesem Wege könnte die Schaffung des atomwaffenfrei-

en Korridors eine Etappe sein — ergänzt durch die Beseitigung auch konventioneller Waffen, die zu einem Überraschungsangriff nötig sind. Es würde eine Lösung für die Mittelstreckenwaffen sinnvoll ergänzen und sie weiterführen. Dies gilt auch für unsere — ebenfalls gemeinsam mit Kollegen aus der DDR-Führung ausgearbeiteten Vorschläge, die chemischen Waffen aus beiden deutschen Staaten zu entfernen. Denn: wo anders lagern sie!

Darüber hinaus: Vorschläge für eine konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa vom Ural bis zum Atlantik liegen auf dem Tisch. Abbau von Überlegenheiten, Sicherheit schaffen vor Überraschungsangriffen in Zentral-Europa — das wäre eine weitere wichtige Etappe. Es kam und kommt darauf an, eigene Vorschläge zu machen, statt an den Vorschlägen anderer immer nur herumzunäkeln. Unsere Partei hat keine Sorge, daß ein Feindbild verlorengeht. Wie faszinierend die Möglichkeit, daß es den Europäern **dauerhaft** abhandeln käme!

Die Belabung der Abrüstungspolitik hängt, wie wir wissen, auch mit den Veränderungen zusammen, die sich in der Sowjetunion vollziehen. Es reicht vorerst vielleicht die Einsicht, daß wir Zeugen eines aufregenden, manchmal atemberaubenden Prozesses sind. Wenn die sowjetische Führung versucht, die gesellschaftliche Stagnation eines Staates zu überwinden, der in Wirklichkeit ein Kontinent ist, dann hat sie nicht notwendig unser Verständnis von politischer Demokratie im Sinn. Aber die zu verzeichnende Öffnung in wichtigen Bereichen ist bemerkenswert. Es wäre wichtig, wenn humanitäre Fragen und solche der Menschenrechte weiterhin vernünftig und konstruktiv beantwortet würden.

Doch dann, bitte, auch mit Deutlichkeit an die eigene, westliche Adresse: Wer es mit den Menschenrechten ernst nimmt, wer mit ihnen nicht nur Propaganda machen will, der kann nicht gegen Entspannung sein. Es ist unsere Pflicht, von der eigenen Regierung und von den Regierungen unserer Allianz zu fordern, daß die Chancen einer zweiten Phase der Entspannungspolitik nicht vertan, sondern genutzt werden.

Das gilt für ein weites Feld praktischer Kooperation. Es gilt für alles, was der Menschheit dabei hilft, nicht nur die quantitative, sondern auch eine qualitative Fortsetzung des Rüstungswettlaufs aufzuhalten. Europa ist in doppelter Hinsicht gefordert: in unserem Teil des Kontinents, von dem aufgrund überragender Existenzfragen starke sicherheitspolitische Initiativen ausgehen müssen; und für den **gesamten** Kontinent, der einer vertrauensschaffenden Sicherheitsstruktur bedarf, und die kann durch eine mannigfache positive Verflechtung von Interessen gefördert werden. In meiner Antrittsrede als Vorsitzender — einmal ist ein Selbstzitat erlaubt — sagte ich 1964: „Es ist an der Zeit, an Gesamt-Europa zu denken.“ Ich füge heute hinzu: Für die Deutschen in ihrer Gesamtheit gibt es keine Zukunft ohne oder gar gegen das europäische Haus.

Die europäische Einigung in unserem engeren Verständnis durfte und darf nicht nur im Schatten des Ost-West-Konflikts gesehen werden. Sie hat ihren Rang in sich selber — für die Gemeinschaft, der wir

angehören, doch auch in einer weiterreichenden Dimension. Und wenn ich höre, wie kümmerlich aus omlichem Mund „Europa“ beschworen wird, frage ich mich — auch hier — gelegentlich: Was ist aus Adenauers Erbe geworden?

Es reicht nicht aus, auf Brüssel und auf die — im übrigen mit verschuldeten — Absurditäten im Agrarbereich zu schimpfen. Die Bundesregierung soll sich nicht um ihre Verantwortung drücken; ihre schwächliche Europapolitik ist notorisch; mit Duckmäuserei und Votegoß läßt sich nichts nach vorn bewegen. Nichts führt über an der Einsicht vorbei, daß die Politik nicht mehr enteuropäisiert werden kann; daß es töricht wäre, ohne EG sein zu wollen. Es wäre nach wie vor grundlegend, für eine Gemeinschaft zu arbeiten, die ihre Halbherzigkeiten hinter sich läßt und endlich handlungsfähig wird — von der gemeinsamen Währung bis zur gemeinsamen Sicherheit. Wir Deutsche sollten nicht den Eindruck erwecken, Europa sei uns gleichgültig geworden, da wir es — vermeintlich — nicht mehr so dringend brauchen. Von den deutschen Sozialdemokraten wird in den europäischen Zusammenhängen und international häufig mehr erwartet, als sie zu geben vermögen; doch wir sollten uns nicht darüber beklagen. Mir liegt daran, den Freunden aus anderen Ländern — aus der europäischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale — von dieser Stelle aus zu sagen, wieviel mir die Freundschaft bedeutet, die zwischen uns gewachsen ist. Und daß ich mich auf die weitere Zusammenarbeit freue. Sie ist Element eines Friedens, den wir nicht mehr suchen müssen, sondern den wir gewonnen haben.

Internationale Solidarität hat sich zunehmend neu zu bewähren in der Zusammenarbeit mit den benachteiligten Völkern und den hungernden Menschen dieser Welt. Deshalb nutze ich die Gelegenheit auch dieser Rede, um zu sagen: Wenn auf dem Wege zum Rüstungsabbau Fortschritte erzielt werden, darf parallel dazu erstens nicht versäumt werden, regionale Konflikte zu entschärfen und — in Übereinstimmung mit internationalem Recht — beizulegen. Zweitens meine ich mit Bestimmtheit: Es sind Vorbereitungen dafür zu treffen, einen Teil der durch Rüstungsabbau freierwerdenden Mittel so umzuwandeln, daß Hunger und Elend in der Welt zurückgedrängt werden können. Ich finde, es ist unerträglich, daß in dieser Minute 28 oder mehr Kinder verhungern in einer Welt, deren Wirtschaftskraft jedenfalls fähig wäre, alle satt zu machen. Brechts Satz über „Erst das Fressen und dann die Moral“ ist nicht selten mißbrauchbar worden. Gerade weil wir in den reichen Ländern zu „fressen“ haben, sollten wir die Moral aufbringen — zusätzlich zu der nüchternen Überlegung, die aufgeklärten Eigeninteresse entspricht — der Misere in der sogenannten Dritten Welt ein Ende zu bereiten.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat klar genug gezeigt, wie sehr auch die wirtschaftlich **stärksten** Nationen unter dem Druck der Rüstungsausgaben leiden. Sie sind wirtschaftlich ruiniert. Der Rüstungswettlauf darf nicht weiterassen. Es ist verrückt, immer neue, verfeinerte Systeme zu entwickeln, die überhaupt nicht benutzt werden dürfen, wenn die Selbst-

vernichtung vermieden werden soll. Tatsache ist außerdem: Der gesellschaftliche Reichtum läßt sich nicht mehrfach verwenden.

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit taugt **nicht** nur im Ost-West-Zusammenhang und für den industriellen Norden der Welt. Gemeinsame Interessen auch im nicht-militärischen Bereich, nämlich zugunsten einer zukunftsorientierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit deutlicher werden zu lassen — hierauf vor allem konzentrierte sich die von mir geleitete internationale Nord-Süd-Kommission. Diese Einsicht sollte, stärker noch als bisher, unsere Entwicklungspolitik bestimmen.

Geld für Entwicklung, das in der Rüstung nicht mehr gebraucht wird — das ist notwendig und möglich. Die internationale Staatengemeinschaft kann das schaffen, wenn viele Regierungen den Druck einer aufgeklärten öffentlichen Meinung zu spüren bekommen. Wenn wir damit Erfolg hätten, würde unsere Sicherheit nicht leiden, sondern gefestigt werden. Ohne Zweifel: Die Unsicherheit in der Welt ist auch eine unmittelbare Konsequenz der krassen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern; unerträgliche Ungerechtigkeit und Massen hunger sind die Wurzeln dieses Teils der Instabilität und Kriegsgefahr. Eine Begrenzung dessen, was man Verteidigungsausgaben nennt, und die Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für die Entwicklung würde für die Sicherheit in der Welt vorteilhaft sein. Für die Mehrheit der Menschheit wäre dies endlich ein Funken Hoffnung. Gewiß wäre es schwierig, freiverwendende Mittel allein in die Entwicklungsländer umzukenzen. Auch in relativ reichen Ländern, wie bei uns, gibt es eine Fülle öffentlicher Aufgaben, die wegen fehlender oder unzureichender Gelder bisher nicht angepackt werden konnten. Also wird man realistischere Voraussetzungen müssen, daß freigesetzte Ressourcen nur zu **einem** Teil für den Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt zur Verfügung stehen werden. Auch wird man damit zu rechnen haben, daß die öffentliche Meinung in den Industriestaaten zunehmend kritische Fragen über die Eigenanstrengungen vieler Entwicklungsländer stellen wird. Zum Beispiel: Wie kommen wir dazu, für die Kapitalflucht aus dem Land X oder Y geradzustehen? Oder: Sollen wir die Militarisierung in Staaten der Dritten Welt mitfinanzieren? Nein, das sollten wir nicht, und wir müssen dazu nicht schweigen. Doch Heuchelei beiseite: Es ist dann auch zu fragen, was an dieser Militarisierung und an sonstiger Fehlentwicklung nicht „hausgemacht“, sondern was vielmehr durch Regierungen, nicht nur Firmen, in unserem Teil der Welt mitverantwortet ist. Der nicht mehr neue Gedanke, einen Teil des Volkseinkommens, der durch Rüstungsbeschränkungen frei würde, zum Kampf gegen den Hunger zu verwenden, ist von einer bestechenden Einfachheit. Das macht seine Verwirklichung nicht leichter — und viel Zeit ging schon verloren. Noch gibt es jedoch die Chance zur Umkehr von einem Kurs, der weder Sicherheit schafft noch die Hungernden satt werden läßt. Ich meine, das Thema ist wichtiger geworden. Es erscheint weniger „visionär“ als noch vor wenigen Jahren. Entscheidend ist, daß etwas für die Men-

schen geschieht, nicht, ob es christlich, humanistisch oder „bloß“ sozialistisch begründet wird.

V. Hoffnung

Liebe Freunde, große Bewegungen und politische Kraft, die ins Gewicht fällt, gibt es nicht ohne Hoffnung. Und man kann nicht hoffen, ohne darauf zu setzen, daß es Zukunft gibt. Die aber läßt sich weder aus Realitätsleugnung noch aus sonstigen Formen gedanklicher Unterbeschäftigung gewinnen: Ob wir unseren Beitrag dazu zu leisten vermögen, daß unsere Welt friedlich wird; ob auch noch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können; ob sinnvolle Arbeit und Leistung ihre Chance haben und der Mensch mit ihnen — das alles wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel „geläutertes“ Fortschritt die Sozialdemokratie wird bewirken können — in Zusammenarbeit, hoffe ich, mit vielen, der Zukunft zugewandten Menschen.

Dies kann bei allen erkennbaren Schwierigkeiten eine schöne Perspektive sein. Albert Camus meinte, wir dürften uns Sisyphus sogar als einen glücklichen Menschen vorstellen. Kraft hat er jedenfalls gehabt. Sozialdemokraten leben von der Hoffnung, daß sie die Gesellschaft reformieren und daß die Zukunft gestalten können. Sie wissen, daß eine Gesellschaft ohne Fähigkeit zur Reform verkümmern muß. Sie kennen auch die Grenzen, die sie sich selbst oder die andere innen setzen.

Für mich bedeutet dieser Tag, wie vielleicht nicht alle voll ermessen können, einen tiefen Einschnitt. Darüber, was er in der Geschichte der Partei bedeuten wird, will ich nicht urteilen. Jedenfalls nicht heute und an dieser Stelle. Der Platz ist frei, und so wie 1952 von Kurt Schumacher zu Erich Ollenhauer und 1964 von diesem zu mir, so wird das Logbuch auch dieses Mal weitergegeben. Ich habe mich bemüht, es 23 Jahre lang korrekt zu führen.

(Lebhafter Beifall)

Es steht, was ich am 23. März im Parteivorstand zu Protokoll gegeben habe: Das Verlassen der Brücke bedeutet nicht, daß ich von Bord gehe. Nein, ich bleibe an Deck, weil alles andere gegen meine Natur wäre. Gegen das Gesetz, noch dem ich angetrieben bin. Gegen daß, was uns miteinander verbindet. Die Wertschätzung all derer, die mir geholfen haben, ist groß. Namen nenne ich nicht. Es wären zu viele. Auslassungen wären ungerecht. Ich meine nicht nur die Kollegen aus den oberen Etagen, sondern vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich früher und buchstäblich bis zum heutigen Tag um mich herum abgerackert haben. Wer über längere Zeit an der Rampe steht, ist ja auch ein Kollektivwesen: Er bringt nicht selten unter die Leute, was andere vorbereitet und in eine ordentliche Form gebracht haben. Die eigenen Gedanken haben sich oft mit den Überlegungen anderer untrennbar vermischt. Ich habe nicht allen gerecht werden können; das hat wohl aber nicht immer nur an mir gelegen. Soweit ich eigene Unzulänglichkeiten verberge, soweit ist es meine Art, über alles den Mantel der lauen Vergeßlichkeit zu breiten. Enttäuschungen, die einem

nicht erspart bleiben, haben meine Neugier auf Mitmenschen nicht schwinden lassen. Ich kann gut verstehen, aber wenn ich nicht will, dann nicht.

(Lachen/Beifall)

Die Zahl der Freunde, von denen ich mich verabschieden kann, nachdem wir miteinander wichtige Stationen passiert, nimmt von Jahr zu Jahr ab. Wer ist noch da aus der Jugendbewegung von vor 33? Wo sind die Kameraden aus dem Exil? Aus der so falsch „illegal“ genannten Arbeit? Aus den Jahren, die durch Krieg, Kerker, Lager und Zerstörung gingen? Auch die Zahl derer ist nicht geworden, mit denen gemeinsam ich mich e gestrengt habe, Berlin durch eine Zeit großer Bedrängnis zu bringen. Und viele sind nicht mehr da heute von den Genossen, die mich im November 1960 auf den Schild des Kanzlerkandidaten hoben. Wo es dann heißt, Bilanz zu ziehen, unterscheidet sich ein ausgewähltes Leben trotzdem nicht so sehr von einem, das ruhiger verlief. Der Arbeiterjunge von der Wasserkante, der in Skandinavien politisch in die Lehre ging, den es von der Spree an den Rhein verschlug und der sich nun nach nahezu einem Vierteljahrhundert vom Parteivorstand verabschiedet: er blickt nicht im Zorn zurück, sondern kritisch auch auf sich selber. Und im Gefühl der Verbundenheit mit allen, denen es zusteht und die es ähnlich empfinden.

Lebensläufe lassen sich nicht auf Flaschen ziehen. Mein Verdienst ist es nicht, wenn ich — vielleicht — der letzte Vorsitzende war, aus der Arbeiterschaft kam und in der alten Arbeiterbewegung aufwuchs. Es ist gut, wenn den Heutigen der für viele opferreiche Weg meiner Generation im allgemeinen, meiner Parteigeneration im besonderen erspart bleibt. Doch mit dem schweren Weg verbindet sich viel, das sich unauslöschlich eingegraben hat in die Erinnerung: Beispiele unerschütterlicher Treue und ungewöhnlicher Selbstlosigkeit; ein Verständnis von Solidarität, dem nichts Doppeldeutiges anhaftete.

Weshalb sollte ich leugnen, daß jetzt vor mir viele gute Bilder auftauchen: Von großartigen Kundgebungen. Von Versammlungen und Konferenzen unterschiedlicher Art. Von fröhlichen Abenden, so die Zeit dazu reichte. Von der vielfältigen Schönheit unserer Landschaften, der Landschaften in unserem so klein gewordenen Vaterland, unserer Städte, der Stätten unseres kulturellen Erbes. Und, nicht zuletzt, von einem Reichtum an Begabungen und Originalen, denen man bis zuletzt begegnet ist. Manches davon — inmitten des häufig überladenen Terminkalenders — manches davon immer auf neue Weise zu erfahren, bedeutete mir nicht nur Abwechslung, sondern nicht selten Entschädigung und Bereicherung. Die unendlich vielen Sitzungen dieser Jahre habe ich jetzt nicht ausdrücklich erwähnt. In vernünftigen Dosen müssen sie ja sein, vergrüßungssteuerepflichtig sollten sie auch in Zukunft nicht werden.

(Lachen/Beifall)

Wichtig bleibt, mehr mit den Menschen, als über sie reden; in die Gesellschaft hinein zu wirken, statt nur ihre Schlichtigkeit beklagen; Ja sagen zum Leben, statt neurotisch mit ihm zu hadern.

(Lebhafter Beifall)

Das sagt Euch in dieser Stunde der bisherige Vorsitzende einer nicht einfachen Partei in einem lauten Gustav Heinemann schwierigen Vaterland: ich vermute, nicht wenige werden auch mich häufig als eher schwierig denn einfach empfunden haben. Ändern läßt sich das jetzt nicht mehr. Es wird niemanden überraschen, wenn ich sage: Gewiß hatte ich gehofft, der SPD werde es nach meinem Vorsitz gelingen, in Bonn wieder unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen. Das sollte uns/Euch nicht zu spät gelingen. Nicht erst im nächsten Jahrhundert, sondern schon bei der nächsten Gelegenheit, denn Deutschland ist mit einer abgestandenen Führung nicht gedient.

(Beifall)

Ich kann natürlich den Geschichtsschreibern nicht vorgreifen, doch als gesicherte Erfahrung meine ich vermitteln zu können: Deutschland kommt, seiner selbst und Europas wegen, ohne eine starke Sozialdemokratie nicht aus. Es ist klar, daß mit dem Wandel der Gesellschaft auch die sozialdemokratische Volkspartei sich weiterentwickeln hat. Daß sie viel Offenheit und Lernfähigkeit braucht. Aber der ursprüngliche Antrieb hat sich nicht erledigt, der Auftrag ist uns anvertraut geblieben. Dazu brauchen wir, dazu braucht ihr, dazu braucht unser Volk eine starke SPD, die niemandes Privatunternehmen ist.

(Lebhafter Beifall)

Die uns allen gleichermaßen geht, keinem mehr als dem anderen. Für die wir alle verantwortlich sind, die an der Spitze freilich noch mehr als die anderen. Die Nachrichten sollten nie zu lange damit warten, der Gemeinschaft zu geben, was sie zu geben vermögen. Die aus Überzeugung und Erfahrung sich formende Selbstsicherheit nimmt dann von einem gewissen Alter an ohnehin nicht mehr zu; es sei denn, sie schlägt um in eine die Wirklichkeit verklärende Form von Altersstarrsinn. Vergeßt trotzdem nicht, daß alte Leute Bürger gleichen Ranges wie die Jungen sein sollten.

Ich muß zugeben, daß die Zweifel wachsen und man sich zum Beispiel fragt: Warum bist du auf diese oder jene Schwäche eigener Positionen nicht schon früher gekommen? Hättest Du deiner Partei durch mehr Ansporn zu Kühnheit und Offenheit nicht noch besser voranheilen können?

Gewiß erinnerst du dich der Erfolge vergangener Jahre, aber sehr deutlich auch der Niederlagen, zumal solcher, von denen du meinst, sie seien zu vermeiden gewesen. Je mehr dir die Einsicht in menschliche Schwächen, nicht nur der anderen, fast zur Routine wird — desto geringer wird die Chance, den naiven Optimismus deiner Jugendzeit wieder zum Schäumen zu bringen. Hieltst sich Enttäuschung und Ermüdung in etwa die Waage, wäre das schon viel. Daß gute Erinnerungen unauslöschlich bleiben, das trifft schon zu. Aber die anderen, die weniger guten, zu verdrängen, hilft nicht, bringt nichts. Fehler sind dazu da, daß man — wenn es irgend geht — aus ihnen lernt, bis zuletzt. Die Sozialdemokratie, unsere Sozialdemokratie hat viel vor sich, ihr habt viel vor Euch: Offenheit und Gedankenarbeit und Leistungen in der praktischen Politik sind gefragt. Die Stärkung

und Modernisierung der Parteiarbeit — ich sagte es — ist wichtig. Der lebendige Umgang mit dem geschichtlichen Erbe vermittelt leicht die Erkenntnis: Neben guter Gesinnung und soliden Kenntnissen ist eine ordentliche Portion gesunden Machtbewußtseins vonnöten.

(Beifall)

Meine besten Wünsche gelten meinem heute zu wählenden Nachfolger im Amt des Vorsitzenden. Sie gelten der gesamten künftigen Parteiführung. Dem Parteitag kann ich die ihm vorliegenden Vorschläge um so leichter zur Unterstützung empfehlen, als ich an ihrem Zustandekommen redlich mitgewirkt habe. Dies ist der von mir erbetene Abschied aus einem ehrenvollen Amt. Doch sei hier bestätigt: Wann immer mein Rat und meine guten Dienste gebraucht werden, ich werde der deutschen Politik und der deutschen Sozialdemokratie selbstverständlich zur Verfügung stehen.

(Lebhafter Beifall)

Wir bleiben miteinander im Dienst — in der Pflicht hätte ich gesagt, wenn dieses Wort nicht so oft so schrecklich entwertet worden wäre. Also sage ich: Ich bleibe in der lieb gewordenen Arbeit an dem, was wir auf uns genommen haben aus Überzeugung, durch Erfahrung und im nicht immer leichten Zurückdrängen von Egoismus zugunsten dessen, was auch den anderen bekommt.

Der Ring schließt sich: Es geht dabei nicht nur um die Partei, so wichtig sie bleibt und so sehr sie mir ans Herz gewachsen ist. Aber die Partei ist nicht in ihrer selbst willen da. Sie ist der Menschen wegen da — derer, die sie vertritt, und derer, um die sie sich bemüht.

Es geht um die Rolle, die wir dabei spielen, um den Einfluß, den wir geltend machen können, damit unser Staat — die Bundesrepublik Deutschland — nicht den Zug verpaßt, nicht zurückfällt, nicht zum Vasall wird, nicht absinkt auf das Niveau eines geistig-politischen Armenhauses.

(Beifall)

Diese unsere Bundesrepublik muß wieder den Anschluß finden an ein dieser Zeit gemäßes Denken

und Handeln. Sie muß sich ohne großen Zeitverlust modernisieren. Sie muß ihr europäisches Gewicht richtig in die Waagschale legen. Sie muß — und sie wird es mit unserer, mit Eurer Hilfe. Mit der Hilfe der vielen, die wetteifern möchten im Dienst am Frieden, für Freiheit und für menschengerechten Fortschritt. Und wenn man wissen will, ob ich dessen so sicher sei, antworte ich mit dem letzten Satz, den Leon Blum, der — Buchenwald überlebende französische Sozialist — zu Papier brachte. Der Satz lautet: „Ich glaube es, weil ich es hoffe.“

Nehmt bitte meine besten Grüße mit nach Hause und an die Stätten Eures Wirkens. Sagt sie den Mitgliedern unserer Partei und allen, die uns wieder und weiter helfen wollen. Ich wünsche Euch Gutes.

(Minutenlanges lebhaftes Beifall)

Ehrenvorsitz für Willy Brandt

Einstimmig hat der a.o. Parteitag Willy Brandt zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag möge beschließen:

1. **Willy Brandt hat sich um die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, um das deutsche Volk und um den Frieden in Europa und in der Welt verdient gemacht.**
2. **Für die Lebenszeit Willy Brandts wird die Funktion eines Ehrenvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschaffen.**
3. **Der Parteitag bittet Willy Brandt, in diese Funktion einzutreten.**

Die Anziehungskraft der Partei auf die Jugend darf nicht verwelken

Rede von Oskar Lafontaine, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, erlaubt mir, obwohl es in dieser Minute schwerfällt, Worte zu finden, ein paar Worte des Dankes zu sagen für eine Generation, die Generation der 68er, die wegen Willy Brandt den Weg zur SPD gefunden hat.

(Beifall)

Da wuchs eine Generation heran, die das Reformdefizit des CDU-Staates beklagte, die sich nicht offen wollte mit der Verdrängung der Verbrechen des Hitler-Faschismus, die damals in der Zeit des Wiederaufbaus gang und gäbe war. Die nicht mehr schweigen wollte zu den Leiden des Krieges in Vietnam, und die Anschluß suchte an die demokratischen, sozialistischen Traditionen der Weimarer Republik. In dieser Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, war es der aktive Antifaschist Willy Brandt, der dieser jungen Generation die Hand reichte. Nur er konnte es als Antifaschist, weil er die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung verkörperte.

(Beifall)

Aus der Weimarer Republik hatte Willy Brandt die Erkenntnis mitgebracht, so hatte er es selbst einmal formuliert, daß es die große Schwäche der Weimarer Sozialdemokratie war, daß ihre Anziehungskraft auf die Jugend verwelkte. Aus dieser Erkenntnis heraus versuchte du, lieber Willy, eine ganze Generation mit der Bundesrepublik zu versöhnen und dies bleibt über die Grenze der Partei hinaus dein historisches Verdienst in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Diese Einsicht, liebe Genossinnen und Genossen, daß wir es immer vermeiden müssen, daß die Anziehungskraft der Partei auf die Jugend verwelkt, diese Einsicht darf uns nie verlassen. Wir müssen ausgehen von der Erkenntnis, daß dann, wenn die Jugend uns nicht mehr folgt, es nicht an der Jugend liegt, sondern daß es am Kurs unserer Politik liegt und daß der Kurs dieser Politik dann der Korrektur bedarf.

(Beifall)

So hat die deutsche Jugend damals den Appell verstanden, wir wollen mehr Demokratie wagen. Bei Gott, dieser Appell ist bei weitem noch nicht veraltet. Zentrum der damaligen Politik war die Entspannungspolitik. Vieles ist bereits dazu gesagt worden, aber einige aktuelle Bemerkungen: Du beganst, lieber Willy, die Entspannungspolitik in Berlin. Sicher, du konntest die Mauer nicht wegdrängen, aber du wußtest, daß man das Ziel nie erreicht, wenn man nicht die ersten kleinen Schritte unternimmt. Die Politik der kleinen Schritte, die in Berlin begann, sie hat die Mauer durchlässig gemacht. Liebe Genossinnen und

Genossen, wir begrüßen es, wenn die amerikanischen Präsidenten sich immer wieder zum freien Berlin bekennen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sie begrüßt auch den Besuch des Präsidenten Reagan im Berlin, weil wir die Unterstützung unserer Bündnispartner brauchen, um die Freiheit Berlins zu halten. Aber eines muß dazu gesagt werden: Das Berlin, in dem 20 000 geladene Gäste es erforderlich machen, daß über 10 000 Polizeibeamte aufgeboten werden, das ist nicht mehr das Berlin Ernst Reuters und das Berlin Willy Brandts.

(Beifall)

Und ebenso müssen wir heute festhalten und uns cögen verwalten, daß anlässlich dieses Besuchs ein ganzer Stadtteil durch das Abkoppeln vom öffentlichen Verkehr vorsorglich in Vorbeugehaft genommen wurde. Das ist nicht die Politik des freien Berlins.

(Beifall)

Und denen, die in Berlin regieren, liebe Genossinnen und Genossen, rufe ich in dieser Stunde von dieser Stelle aus zu, die Freiheit erhält sich Berlin nicht nur durch die Unterstützung der freien Welt, sondern durch die Politik, die im Inneren Berlins auch von dem jeweiligen Senat gemacht wird.

(Beifall)

Die Entspannungspolitik führte dazu, daß der Vorsitzende der SPD mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Dieser Friedensnobelpreis, so haben wir ihn empfunden, war auch eine Auszeichnung für die Partei, gab er ihr doch die Möglichkeit, sich ihrer Tradition und ihrer Identität zu vergewissern. Und aus dieser Tradition und dieser Identität heraus fordern wir eine zweite Phase der Entspannungspolitik. Sie ist die einzig denkbare Antwort auf die Politik des Glasnost, der Öffnung, des Michael Gorbatschow.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich von der Politik des Glasnost spreche am heutigen Tage, dann will ich auch hinzufügen, daß diese Politik für uns eine verspätete Anerkennung des Prager Frühlings ist. Und, liebe Genossinnen und Genossen, angesichts dieser Wertung fordern wir: Gebt endlich Rede- und Schreibfreiheit für die Protagonisten des Prager Frühlings.

(Beifall)

Links und frei, so heißt ein wichtiges Buch von Willy Brandt. Frei und links, hat er heute gesagt, Genossinnen und Genossen, aus dieser Tradition kommend, hat es uns geschmerzt, daß einmal ein Wahlkampf gegen uns geführt werden konnte mit der Parole

„Freiheit statt Sozialismus“. Wo blieb da eigentlich der durchgreifende Protest? Freiheit heißt nun einmal, das Recht der Menschen, ihr Leben selbst zu bestimmen. Und demokratischer Sozialismus heißt auf die Formel gebracht, den immer wiederkehrenden Versuch, dieses Recht der Menschen, ihr Leben selbst zu bestimmen, auch im Arbeitsleben erfahrbar zu machen. Freiheit heißt Ausbau der Mitbestimmung und Ausbau der Betriebsverfassung. Wer ein Gegner dieser Gesetze ist, ist ein Feind der Freiheit im Innern der Republik.

(Beifall)

Wenn wir uns nun anschicken, das Programm der Partei zu erneuern, liebe Genossinnen und Genossen, dann werden wir ja nicht von vorne anfangen, sondern wir werden auf vielem aufbauen, was wir ererbt haben. Ich glaube, auf die Formel gebracht, kann man die neue Programmarbeit wie folgt definieren. Sie muß den Grundwert der Solidarität weiter in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, aber sie muß versuchen, ihm eine neue Dimension zu geben. Was heißt eine neue Dimension des Grundwertes der Solidarität? Von der Gleichberechtigung der Frau war bereits die Rede. Die Dimension der Solidarität muß aber auch immer wieder international verstanden werden. Und daher bleibt es für uns ein Auftrag, was Willy Brandt uns in der Nord-Süd-Kommission aufgeschrieben hat. Und an diese Politik wollen wir anknüpfen. Wir dürfen nicht gleichgültig werden gegenüber den Opfern in der Dritten Welt, und eine neue Dimension für die Solidarität heißt auch Verantwortung für zukünftige Generationen. Das ist doch im Zeitalter der Kernspaltung die neue Qualität der Politik. Wir standen noch niemals in einer solchen Verantwortung. Selbst wenn wir die Risiken der Kernenergie für uns, die jetzt Lebenden, bejahen würden, wenn wir sie bejahen würden, um etwas mehr Wohlstand zu erreichen, liebe Genossinnen und Genossen, wir wären nicht berechtigt, das Leben von Generationen, die uns folgen sollen, mit solchen Entscheidungen unerträglich zu belasten.

(Beifall)

Eine andere Dimension des Begriffs der Solidarität heißt auch, ihn auszuweiten auf die Natur. Wir müssen in unserem Programm dahin kommen, daß der Begriff der Solidarität seine auf den Menschen bezogene Begrenztheit verliert. Ohne Solidarität auch mit der Natur würden wir den Ast absägen, auf dem wir sitzen. So möchte ich die Aufgabe in aller Kürze beschreiben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir aufmerksam geblieben sind, wenn wir sensibel geblieben sind für das, was ist, dann dürfen wir nicht übersehen, daß der Begriff der Solidarität all-

zuoft zum Lippenbekenntnis verkommen ist. Und Solidarität — und dies können wir von Willy Brandt lernen — wird nur erfahrbar und erlebbar im Angesicht der Opfer. Alexander und Margarete Mitscherlich haben den Wiederaufbau der Bundesrepublik dadurch gekennzeichnet, daß sie gesagt haben, „diese Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß sie verlernt hat zu trauern“. Wenn wir etwas von Willy Brandt lernen können, liebe Genossinnen und Genossen, dann ist es das, daß er der Politik der inneren Reform und der Politik der Entspannung nur deshalb zum Durchbruch verhelfen konnte, weil er die Fähigkeit zu trauern nicht verlernt hat.

(Beifall)

Und ich will, liebe Genossinnen und Genossen, um deutlich zu machen, wie man sich im Angesicht von Opfern als sozialdemokratischer Politiker fühlen muß, zwei Bilder in Erinnerung rufen: Da ist auf der einen Seite der jetzige Bundeskanzler, der den Staat der Juden besucht, und der an der Gedenkstätte vor den Opfern und vor den Kindern der Opfer sagt: „Ich nehme für mich die Gnade der späten Geburt in Anspruch.“ Und da ist der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt an der Gedenkstätte der Opfer in Warschau. Und angesichts der Opfer und der Kinder der Opfer, der Polen in Warschau, fällt er, der Antifaschist und Emigrant, auf die Knie. Kein anderes Bild kann deutlich machen, was die Seele, was die Tradition der deutschen Sozialdemokratie ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, als es kürzlich darum ging, daß die Regierenden aufgefordert wurden, Waffen an die arabischen Staaten zu liefern, da hieß es, wir, die Deutschen, wir sollten endlich aus dem Schatten unserer Geschichte heraustreten. Hier waren wir gefordert, liebe Genossinnen und Genossen, hier war unsere Tradition berührt. Wir, die Partei des KZ-Häftlings Kurt Schumacher, der Emigranten und Antifaschisten, Erich Ollenhauer und Willy Brandt, wir wollen niemals aus dem Schatten unserer Geschichte heraustreten, weil sie die beste Tradition des demokratischen Deutschlands verkörpert.

(Beifall)

Und dies, liebe Genossinnen und Genossen, rate ich mit auf den Weg zu nehmen in dieser Stunde des Wechsels im Parteivorsitz der SPD, daß wir unsere Programmatik entwickeln müssen auf der Grundlage unserer großen Tradition. Und wie der französische Sozialist Jean Jaures, der mit Willy Brandt seelenverwandt war und ihm näherstand als viele andere, einmal gesagt hat: „Tradition heißt nicht Asche verwahren, sondern eine Flamme am Brennen halten.“

(Beifall)

Kritischer Mut, Besonnenheit und Elan

Rede von Inge Jens für den August-Bebel-Kreis

Ich überbringe die Grüße eines Kreises von Wissenschaftlern, Künstlern und Publizisten beiderlei Geschlechts, der sich aus gutem Grund nach August Bebel benannt hat.

(Beifall)

Ermuntert und gefördert, nicht zuletzt durch Willy Brandt, hat sich unser Kreis zum Ziel gesetzt:

1. Die Arbeit der Partei in kritischer Solidarität zu begleiten.
2. Langfristige Perspektiven zu entwickeln. Erste Ergebnisse dieser Bemühungen haben sie vielleicht schon in der 'Neuen Gesellschaft' gelesen und
3. nicht zuletzt, uns mit dem Irsee-Programm zu beschäftigen, in der Absicht, hier und dort in August Bebel's Schule wohl möglich etwas zu verbessern. Ein wenig zumindest und ganz gewiß nicht nach rechts.

Grüße also vom kleinen August-Bebel-Kreis an die große Partei. Dank an ihren scheidenden Vorsitzenden und die Bitte an sie alle, sie möchten nicht müde werden in ihren Bestrebungen, jene Identität von Politik und Moral wieder ins Blickfeld zu rücken, die von den Rechten in diesem Land immer zynischer und unverhohlener gelehnt wird.

(Beifall)

Gruß und Dank und die Bitte, die Partei möge gemeinsam mit den Gewerkschaften und ihren vielen Freunden aus dem Kreis der republikanischen Intelligenz, die politische Kultur hier zu Lande noch energischer, noch konsequenter, noch offensiver und noch geschichtsbewußter verteidigen als bisher. Im klaren Bewußtsein, daß diese Kultur durch die militanten Ausgrenzungspraktiken von Seiten der Regierenden bedroht ist, wie wohl kaum zuvor in der Geschichte dieser Republik. Man schaue sich um! Ausgrenzung von Demonstranten, denen der Bundeskanzler, in der ihm eigenen Sprache „einen Anschlag auf das Vertrauen unserer Bürger“ vorwirft. Ausgrenzung von Demokraten die sich weigern, selbstgefälliges Ausitzen von Problemen für Politik zu halten. Ausgrenzung von Kranken und Gefährdeten die selektiert werden sollen. Ausgrenzung von Frauen, denen man offensichtlich nicht zutraut, daß sie zu zählen verstünden. An unseren Hochschulen studieren 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen. An unseren Hochschulen lehren 99 Prozent Männer und 1 Prozent Frauen. So sieht sie aus die Gleichberechtigung, Voraussetzung aller politischen Kultur, hundert Jahre nachdem August Bebel die Bildung aller Menschen ins Zentrum einer Vision stellte, die vernünftig, menschlich und gerecht ist. Da denke ich, sollten gerade Sozialdemokraten niemals vergessen.

(Beifall)

Doch statt der Realisierung Bebel'scher Vorträume —

und sei sie noch so bescheiden — sind wir heute Zeugen des großen Widerrufs aller aufklärerischen Traditionen und der Rücknahme von Moral und Logik dazu. Da werden Kant und Lessing Daumenschrauben angelegt. indem man erklärt, es sei möglich, zugleich für die Apartheid und für Jesus Christus zu votieren. Da wird behauptet, man könne Demokrat sein und den Massenmord an den Juden beschönigen. Können sich verbal für die Hungernden in der Dritten Welt und in der Tat für die Dividenden der Deutschen Bank verwenden.

(Beifall)

Da wird gesagt, man könne „Glasnost“ in der UdSSR akzeptieren, aber die Schatten dichtmachen im eigenen Land, vor allem der „sogenannten“ Friedensbewegung gegenüber. Man könne immer weniger Waffen verlangen und zugleich um den Fortbestand plötzlich bedrohter Feindbilder besorgt, die geliebten kleinen Pershings behalten. Können in Sonntagsreden „Frieden“ sagen und alltags den Waffenexport befördern.

(Beifall)

Die Ausfuhr von Gewehren mit Schalldämpfern z. B., die es ermöglichen, Exekutionen in Gefängnissen lautlos auszuführen, so daß keine Unruhe unter den Eingekerkerten die Mörder mehr bedroht. Wer die Macht hat, so scheint es, braucht sich und sein Tun nicht mehr rational und der Vernunft verpflichtet legitimieren. Ausverkauf der politischen Kultur nennt man das. Und diesen Ausverkauf in Frontstellung gegen all jene zu verhindern, die wären sie ehrlich, das bürgerlich-humane Erbe als hochverräterisch, da die Macht in Frage stellend, ansehen müßten. Dieser Verschleuderung demokratischer Grundtugenden zu Schund und Billigpreisen zu begnügen, ist in unseren Augen die wichtigste kulturpolitische Aufgabe der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Die Aufgabe jener Frauen und Männer, die, ich nenne zwei von Millionen, wie Willy Brandt und Heinrich Böll, für ein anderes, ein bescheidenes, ein friedliches und gerechtes Gemeinwesen einstehen. Ein Land von dem August Bebel sagen könnte, ja hier bin ich zuhause. Zuhause in einer Republik wie der erste Mann der Sozialdemokratie und der Namensgeber des kleinen August-Bebel-Kreises sie sich vorgestellt hat. Ein Gemeinwesen, bestimmt von einem demokratischen Sozialismus, der die Menschen nicht nur als Konsumenten, sondern auch und vor allem als Produzenten, am Fließband und bei der Schichtarbeit, freie Bürger sein läßt. Warum, so frage ich am Ende, warum sollten wir, mit einem Gegner konfrontiert, der immer unverfrorener zur Ausgrenzung und

Disziplinierung der ihm Mißliebigen aufruft — der „sogenannten“, von denen es gottlob noch viele in diesem Lande gibt — warum sollten wir uns nicht nachdrücklicher als bisher, ohne Wenn und Aber mit August Bebel erklären: „Nur der Sozialismus ist der wahre Vertreter der Gesittung und der Moral.“ (Beifall)

Unter Föhnlein der kritischen Sympathisanten, das nicht gewiß an ihrer Spitze, aber auch nicht gerade im Tross, sondern sagen wir, an ihrer linken Seite zieht, möchte ihnen kritischen Mut wünschen, Beson-

nenheit und Elan bei der Verfolgung dieser Maxime — einer Lösung mit der sich, wie wir meinen, gerade in Wendezeiten zügig nach vorn gehen läßt. Sie merken, hier wird sanft, aber beharrlich insistiert. Wobei wir uns am Ende der „angenehmen Hoffnung hingeben, daß sie unsere Bitte erfüllen und uns bald geneigte Antwort zukommen lassen werden“. So geschrieben vor hundertundzwanzig Jahren in einem Brief an den Generalrat der Internationalen Arbeiter Assoziation von August Bebel.

(Beifall)

Tradition und Perspektive — Bonner Erklärung der SPD vom 14. Juni 1987

I.

1. Als Volkspartei, die sich der Tradition der Arbeiterbewegung verpflichtet weiß, kämpft die SPD um Mehrheiten, damit sie im Interesse der Mehrheit ihre Politik demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen durchsetzen und das von ihr begonnene Werk der Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung weiterführen kann. Während die Bundesregierung sich im bequemen „weiter so“, eine Fundamentallopposition sich in der Empörung darüber erschöpft, wollen wir unsere Reformpolitik präzisieren und, wo wir die Macht dazu haben, realisieren.

2. Die SPD wird den Weg der programmatischen Erneuerung fortsetzen. Wir werden die in Nürnberg gefaßten Beschlüsse weiterentwickeln und in politisches Handeln umsetzen. Der Weg der Reformpolitik ist nicht erschöpft. Im Gegenteil: die Verschärfung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme verlangt erneut eine reformerische Kraftanstrengung. Dabei liegt das Wesen von Reformpolitik heute nicht nur in Veränderung. Auch die Bewahrung menschlicher Lebensbedingungen und die Wiederherstellung eines Gleichgewichts mit der Natur verlangen von der Politik Bereitschaft zur Erneuerung.

3. Die Wandlungen der Industriegesellschaft verändern die soziale Lage der Menschen und führen zu neuen kulturellen Einstellungen. Die Verbindungen zwischen Wachstum, Beschäftigung und sozialer Sicherheit lockern sich. Die weitere Wirtschaftsentwicklung ist von großen Unsicherheiten geprägt. Trotz eines ungeheuren gesellschaftlichen Reichtums verfestigen sich Arbeitslosigkeit, Armut und wachsen die Ungleichheiten in den Lebenschancen. Trotz großer Fortschritte in den wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen nehmen Umweltzerstörung, Unterentwicklung und militärische Vernichtungspotentiale zu. Die Politik ist aufgefordert, auf solche Widersprüche neue Antworten zu geben.

II.

Vorrangige Aufgaben sozialdemokratischer Politik sind heute

- Überwindung der Zweidrittelgesellschaft durch Abbau der Arbeitslosigkeit, Weiterentwicklung des Sozialstaats unter veränderten Bedingungen und ein solidarisches Miteinander von Einheimischen und Ausländern;
- Gleichstellung von Mann und Frau in allen Le-

bensbereichen und Überwindung der patriarchalischen Gesellschaftsordnung;

- Kontrolle und Steuerung des technischen Fortschritts im Dienste von Mensch und Natur;
- Ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft durch vorbeugenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen;
- Sichere und sparsame Energieversorgung ohne Atomkraft;
- Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung und gerechte Vermögensverteilung;
- Verteidigung der Bürgerfreiheit und Weiterentwicklung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates;
- Durchsetzung des Prinzips gemeinsamer Sicherheit als Grundlage für eine Friedensordnung in Europa.

Das bedeutet konkret:

1. Wir halten staatliche Untätigkeit angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit für skandalös. Wir schlagen zum Abbau der Arbeitslosigkeit erneut eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung, beruflicher Qualifizierung, Beseitigung struktureller Nachteile und beschäftigungswirksamen Programmen (Arbeit und Umwelt) vor.

2. Wir finden uns nicht ab mit den neuen Ungerechtigkeiten, die durch die Wende bewirkt wurden. Der Sozialstaat steht für uns nicht zur Disposition. Wir widersetzen uns dem Abbau von Arbeitnehmerrechten, einer Steuerpolitik im Interesse der Reichen, der Unterordnung arbeitender Menschen unter neue Technologien und der Beschädigung der großen Solidargemeinschaften. Wir bekämpfen die Ausländerfeindlichkeit.

3. Die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen muß mit schnellen und überzeugenden Schritten verwirklicht werden. Wir stellen diese Forderung nicht nur an andere, sondern zuerst an uns selbst. Wir werden die gleichberechtigte Repräsentation, gleiche Mitwirkung und Entscheidung der Frauen auch in der SPD verwirklichen.

4. Die Technik soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Darum ist die politische Steuerung und die soziale Kontrolle technischer Veränderungen unentbehrlich. Wir können einen Zustand nicht länger hinnehmen, in dem technischer Fortschritt, der nur der optimalen Kapitalverwertung dienen soll, der Politik immer neue angebliche Sachzwänge auferlegt.

5. Bewahrung und Wiederherstellung natürlicher Kreisläufe ist nicht möglich durch nachhinkende Reparatur von Schäden, sondern nur durch schrittweisen Umbau der Industriegesellschaft. Er reicht von Produktionsverfahren über Verbraucherverhalten bis zu Abfallwirtschaft und schafft wesentlich mehr Arbeitsplätze, als er vernichtet.

6. Seit Jahren ringt die SPD um eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft. Sie bleibt unser Ziel. Solange die Gesetzgebungsmehrheit für den energiepolitischen Wandel fehlt, werden wir den Umbau überall da vorantreiben, wo die geltenden Gesetze dazu Raum geben. Wir stehen zu unserer Aussage, daß bei ernsthaftem Wollen und bei entsprechenden Gesetzgebungsmehrheiten dieses Ziel innerhalb von zehn Jahren erreichbar ist.

7. Demokratie ist für Sozialdemokraten mehr als ein staatliches Organisationsprinzip. Sie muß das Gestaltungsprinzip der Gesellschaft insgesamt sein. Noch immer wird die tatsächliche Lebenssituation der meisten Menschen von der Arbeitswelt bestimmt, weitergehende Formen der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sagen und Haben in der Wirtschaft sind deshalb erforderlich. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften im Kampf um mehr Mitbestimmung.

8. Wir treten allen Versuchen entgegen, den Freiheitsraum der Bürgerinnen und Bürger einzuzengen. Gegen konservative Versuche zur Bevormundung, gegen technokratische Formen des Obrigkeitstaates und gegen das gewaltvolle Abdrängen der Menschen in eine passive Zuschauerdemokratie stehen wir für Toleranz, Dialogfähigkeit und den Ausbau der unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

9. Wo Sicherheit nicht mehr gegeneinander herbeigerüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden kann, ist ein Umdenken nötig, das mit uralten Traditionen bricht. Wir haben dieses Umdenken mit angestoßen. Wir werden sein wichtigster Träger in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Gemeinsame Sicherheit mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung liegt im Interesse aller Deutschen und Europäer, aber auch im Interesse der Völker der Dritten Welt, denen das Wetrüben jede Hoffnung nimmt, Verschuldung und Elend zu überwinden.

10. Ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte kann erreicht werden. Heute besteht die historische Chance, alle Atomwaffen auf unserem Boden schrittweise zu reduzieren und im Zusammenhang mit der Verminderung und dem Umbau der konventionellen Streitkräfte schließlich zu beseitigen. So wollen wir erreichen, daß Überraschungsangriffe ausgeschlossen, Überlegenheiten beseitigt und die Strategien der NATO und des Warschauer Vertrages an reine Verteidigungsfähigkeit angepaßt werden.

III.

1. Die SPD hat sich in Godesberg für die Volkspartei entschieden, eine vielgestaltige, diskutierende, kritische Partei, die sich neuen sozialen Schichten und neuen Ideen öffnet. Gleichzeitig ist sie eine Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geblieben. Eine Politik demokratischer und sozialer Reformen ist im wesentlichen Arbeitnehmerpolitik. Ein Schlüsselproblem für die organisatorische, politische und auch programmatische Arbeit der Partei ist daher der Ausbau der Beziehungen zur organisierten Arbeitnehmererschaft. Arbeit und Leistung der selbstständig Tätigen für die Allgemeinheit anerkennen und würdigen wir. Wir wollen auch sie für die SPD gewinnen.

2. Das Hauptproblem für die SPD bei der Entwicklung einer überzeugenden modernen Arbeitnehmerpolitik liegt in den tiefreichenden und immer rascher fortschreitenden Strukturveränderungen der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft: am Arbeitsplatz und im Betrieb, in der Schulbildung, Berufsausbildung und Stellung im Beruf, in der Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit, unbezahlter Arbeit und Freizeit im menschlichen Leben.

3. Sozialdemokratie und Gewerkschaften müssen die so veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen. Es gilt, die traditionellen Bindungen der SPD zur Arbeitnehmererschaft zu festigen und die Arbeitnehmergruppen neu zu gewinnen, die der SPD bisher fernstanden. Dabei werden wir uns verstärkt den im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung neu entstehenden Arbeitnehmergruppen zuwenden.

4. Wer die Zukunft dieser Gesellschaft gestalten will, bedarf des Engagements und der kritischen Unterstützung junger Menschen. Sie haben hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Bildung und Ausbildung, an ihre Arbeit und an die Gestaltung ihres Lebens und der Beziehungen unter den Geschlechtern sowie an die Verwirklichung neuer Lebensformen.

5. Besonders wichtig ist es, die Verbindungen zu Künstlern und Wissenschaftlern wieder enger zu knüpfen. Dies ist nur möglich, wo wir ihre Unabhängigkeit achten, stützen und notfalls verteidigen.

6. Um die Mehrheit der Bevölkerung und damit die politische Macht zu gewinnen, muß die SPD sowohl gegenwärtige Wähler und Wählerinnen der Grünen als auch der CDU/CSU und der FDP für ihre Politik gewinnen. Die SPD kann auf keine der genannten Wählergruppen verzichten, wenn sie mehrheitsfähig sein will. Jede sozialdemokratische Strategie, die eine Wählergruppe gegen die andere ausspielt, führt die Partei in eine politische Sackgasse.

7. Die SPD wird ihre eigenen Ziele verdeutlichen und dafür um Mehrheiten werben. Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm bietet dafür gute Gelegenheit. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien ist für Sozialdemokraten eine taktische Frage, die

immer neu unter neuen Bedingungen zu beantworten ist. Koalitionen sollen unter dem Gesichtspunkt abgeschlossen werden, wie ein Höchstmaß sozialdemokratischer Politik verwirklicht werden kann und ob Glaubwürdigkeit und Identität der SPD als einer Partei demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen dabei bewahrt werden.

8. Alle programmatischen, politischen und organisatorischen Erneuerungsbemühungen der Partei werden jedoch zu kurz greifen, wenn sie sich lediglich auf die Arbeit von Tag zu Tag erstrecken und nicht auch über den Tag hinausreichen, wenn in ihnen nicht auch die Vision eines besseren Lebens der Menschen sichtbar und spürbar wird. Nicht ohne Grund hat sozialdemokratische Politik in unserer Zeit ihre stärkste Überzeugungskraft entfaltet, als die großen Ideen der Entspannungspolitik, des Friedens durch

Abrüstung und der Hilfe für die Dritte Welt — untrennbar verbunden mit dem Namen Willy Brandt — die politische Praxis der Partei unmittelbar geprägt haben. Eine solche umfassende Idee steht auch hinter unseren konkreten Vorschlägen zur Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und technologischen Probleme unserer Gesellschaft: Die Vision einer freihitlichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft in einer friedlichen Welt.

IV.

In dem Vierteljahrhundert, in dem Willy Brandt die Partei geführt hat, sind Frieden und Reform endgültig zum Wesensmerkmal sozialdemokratischer Politik geworden. Willy Brandt hat die programmatische Erneuerung der Partei eingeleitet. In seinem Geiste werden wir sein Werk fortsetzen.

